

**Bezugspreis:**  
Vierteljahr 3. — 2. — 1. — monatl. 2. —  
1. — 2. — 3. — 4. — 5. — 6. — 7. — 8. —  
9. — 10. — 11. — 12. — 13. — 14. — 15. —  
16. — 17. — 18. — 19. — 20. — 21. — 22. —  
23. — 24. — 25. — 26. — 27. — 28. — 29. —  
30. — 31. — 32. — 33. — 34. — 35. — 36. —  
37. — 38. — 39. — 40. — 41. — 42. — 43. —  
44. — 45. — 46. — 47. — 48. — 49. — 50. —  
51. — 52. — 53. — 54. — 55. — 56. — 57. —  
58. — 59. — 60. — 61. — 62. — 63. — 64. —  
65. — 66. — 67. — 68. — 69. — 70. — 71. —  
72. — 73. — 74. — 75. — 76. — 77. — 78. —  
79. — 80. — 81. — 82. — 83. — 84. — 85. —  
86. — 87. — 88. — 89. — 90. — 91. — 92. —  
93. — 94. — 95. — 96. — 97. — 98. — 99. —  
100. —

# VORWÄRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Morisplan 15195-97  
Expedition Morisplan 11753-54

Mittwoch, den 18. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Morisplan 11753-54

## Wirth zur politischen Lage.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Zentrumsparlamentes ergriff Reichsminister Dr. Wirth zu längeren Ausführungen das Wort. Der Reichsminister, von Sturmischen Beifall und Händeklatschen empfangen, führte aus: Sie erwarten wohl nicht, daß ich Ihnen sehr politische Darlegungen großen Stils mache. Dazu ist morgen und übermorgen die Zeit gekommen. Morgen wird der Kaiserliche Hof in das Reich des Reichstages zusammenströmen, und in den nächsten Tagen wird auch der Reichstag selbst mit der gesamten innen- und außenpolitischen Lage sich beschäftigen. Ich möchte deshalb nicht etwa heute in einer programmatischen Rede zu diesen Dingen Stellung nehmen. Sie haben ja selbst in längerer Debatte zu der gesamten Politik der Regierung und zu der gegenwärtigen Lage Stellung genommen. Ich sah im großen Ganzen, wenn auch manche kritische Note eingeschlagen worden ist, daß die Gesamtrichtung der Politik, an der wir verantwortlich teilnehmen, von Ihnen gebilligt worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Was war die Richtung unserer Politik?

Wenn man fragt nach dem, was war, treibt man Historie. Das ist nicht Aufgabe der Politik, sondern die Aufgabe der Politik der nächsten Tage wird darin bestehen, daß wir zu der Lage, die im Cannes geschaffen worden ist, Stellung nehmen und die Entschlüsse fassen, die innerpolitisch notwendig sind.

Von denselben politischen Erwägungen, nicht von Regungen des Herzens und von Klagen über vergangene Herrlichkeiten haben wir uns im letzten Jahre leiten lassen. Wir haben mit Abwägung aller Möglichkeiten im letzten Jahre die Politik des Reiches und unseres armen Volkes vorwärts getragen. Es gibt einen anderen Weg, den andere vorge schlagen haben, der

der Weg der Katastrophe.

der Weg, sich der Verzweiflung anheimzugeben, die Hände Anken zu lassen und zu sagen: Komme jetzt, was wolle, wir werden davon keinen Anteil mehr nehmen. Der Weg der Verzweiflung wie der Katastrophe ist nicht Sinn und Ziel der Politik, sondern das ist das Ende der Politik. (Sehr richtig!) Ich möchte nicht, wie gerade wir den Geist einer Partei darin leben können, auf die Katastrophe hinzuwarten, um hernach im Strudel der politischen Verzweiflung uns auf die Seite schlagen zu können, uns die Hände zu reiben und zu sagen: Ich habe keine Verantwortung mehr! Nein! Wer sich vor der Verantwortung drückt, braucht von sittlicher Anschauung nicht mehr zu reden.

Es mag sein, daß eine solche Politik, wie sie die Verantwortung vorgeschrieben hat, so manchem das Herz zusammenkrampfen läßt. Glaubt jemand denn, daß es uns ein Vergnügen bereitet hat, Nachsichtsprachen der Illustrierten gegenüber uns zu beugen? Glauben Sie, daß es uns ein Vergnügen gewesen ist, gegenüber der ungeraden Weltanschauung in Genf über Oberschießen die Politik des Reiches weiterzuführen? Glaubt jemand, daß die Verantwortung einem anderen zu übergeben nicht auch unserer Partei mitunter 3 bis 4 Wochen Gefährdung verschaffen könnte? (Zustimmung.) Niemand werden wir eine politische Linie betreten, an deren Ende das Chaos und die Katastrophe steht. Man möchte ja an der menschlichen Vernunft und an dem Gedanken der Menschheit überhaupt verzweifeln, wenn es nicht möglich sein sollte, auch in dem Chaos, das die ganze Weltwirtschaft jetzt umgibt, schließlich nicht wieder

dem Gedanken der Vernunft eine freie Bahn

zu schaffen. Wir haben mitunter in unserer Politik der letzten Jahre ja gesagt: Unser Ja war ein aufreißendes. Man hat uns den Vorwurf gemacht: Wie könnt ihr ein Ultimatum unterschreiben, wie könnt ihr Herpeschungen abgeben, die sich nicht ausführen lassen. Ich habe schon bei Annahme des Ultimatum gesagt, daß die weltwirtschaftlichen Folgen dieses politischen Diktates unseren Gegnern zur Last fallen. Wir haben die Frage wirtschaftlich richtig abgeklärt. Und trotzdem

war das Ja richtig.

und es ist heute noch als richtig anzusehen, weil die gesamte Welt die Rone damals nur politisch und nicht wirtschaftlich gesehen hat. (Zustimmung.)

Ich bin heute darüber unterrichtet, daß man auf der Gegenseite über die Höhe der Milliarden, die das deutsche Volk zahlen soll, über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Milliarden sich überhaupt nicht unterrichtet hatte.

Heute hat man in allen Ländern gelernt, was Milliarden Geld eigentlich wirtschaftlich bedeuten. Wäre das deutsche Volk in der Lage, alles buchstäblich zu erfüllen, hätten wir Rohstoffmittel und Kohlen fast genug, um durch Erzeugung und Verkauf von Öletern die Beschlüsse und Londoner Bedingungen buchstäblich auszuführen, und wären wir so beschaff, es zu tun, es würde, abgesehen von deutschen Schornsteinen, kein Schornstein in der ganzen Welt rauchen können. (Zustimmung.) Wenn man eine solche Politik eingeschlagen hat, und wenn man ernsthaft politisch denkt und fühlt, dann muß man diese Politik einhalten. Dann ist jeder Heilswort der Tod der Politik. So werden wir die Politik des letzten Jahres, der Leistungen, was menschenmöglich ist, weitergeben. Wir werden aber die Welt kriegen, welche Ziele sie sich denn eigentlich setzt. Ist damit die große Katastrophe wieder gut gemacht, daß nun ein einziges Volk hervorzuheben wird, daß man das deutsche Volk, das sich so ritterlich gegen eine ganze Welt gemeht und gelitten hat, ausspricht wie eine Kitzelung, um es dann als ausgeblüht aus der Geschichte auf die Seite zu legen? Diese

Politik der ausgeprochenen Ironie,

wie man sie genannt hat, und das Wort ist verkanden worden brauchen in der Welt, diese Politik ist ein Schaden für die gesamte Welt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Kaufkraft des deutschen Volkes, hingeworfen zu der Unfähigkeit der östlichen Völker, wird einem

Weltbankrott unter allen Umständen

herbeiführen. Auch Amerika kann damit seine innere Wirtschaft nicht wieder aufbauen, daß ein Volk als ungerechtes Opfer des Krieges für die gesamten Schäden wie für die Schuld der Gesamtheit aufkommen soll. Der Gedanke der Wirtschaft und der Solidarität aller wirtschaftstreibenden Völker der ganzen Welt muß als großes Prinzip der internationalen Politik von Mund zu Mund, von Ohr zu Ohr, von Volk zu Volk weitergetragen werden. Das war der Sinn unserer Tätigkeit, unseres Leidens und unserer großen Opfer im letzten Jahr, die von niemand verkannt werden kann, daß wir aus der politischen Atmosphäre des Siegers heraus den Gedanken des Wiederaufbaues dorthin führen wollen, wo er hingehört, nämlich in das Reich der Wirtschaftlichen, des Verständigen. Die Delegierten aller Völker müssen sich über die Probleme der Wirtschaft und des Finanzwesens und damit auch über das Problem der Leistungen unterhalten. Dieses Ziel, daß man die Welt wirtschaftlich sieht, die Verbreitung der Erkenntnis, daß die Wirtschaft der ganzen Welt

die Verständigung der Menschen voraussetzt,

dieses Ziel haben wir erreicht, indem wir den Leidensweg von London bis Cannes gegangen sind. (Zustimmung.) Wenn man steht vor der Tür, eine Wirtschaftskonferenz der ganzen Welt. Ich weiß nicht, ob sich einzelne Völker und Staaten absondern werden. Man sieht, dem Gedanken ist Bahn gebrochen, daß nur eine Solidarität der Völker, mindestens in wirtschaftlichen Fragen, die große Katastrophe der Weltwirtschaft überhaupt verhindern kann. Diesen Gedanken hat die Zentrumspartei, die Fraktionen des Reichstages wie des Landtages, in Aufrichtigkeit vertreten. Was gehört dazu an Gehuld? Ich will den Parteien der äußersten Rechten und der äußersten Linken keinen großen Vorwurf machen — jede Polemik liegt mir fern —, aber die Parteien, die Geduld haben, die allein können die deutsche Politik meistern. Die anderen, die meinen, noch einer Epoche von sieben Jahren von Krieg, Not, Elend und Verzweiflung könne man mit einer vornehmen Geste oder gar mit einem Parade marsch die Lage meistern, ich glaube, die sind nicht berufen, uns große Vorwürfe zu machen. (Stürmische Zustimmung und Händeklatschen.) Nun werden Sie fragen: Da, ist es nicht besser, wenn zu den Parteien, die heute in der Regierung stehen, wenn zu der Partei, die dazu noch mit einem Bein in der Regierung steht, nicht noch andere hinzu kommen? Glauben Sie, daß wir denen, die die Verantwortung übernehmen wollen, die Tür zumachen? Nein! Aber nicht der Weg der revolutionären Erwägungen ist der richtige, um große Koalitionen vorzubereiten. Nein, wir sind bisher den Weg der Praxis gegangen, und jetzt bitte ich Sie alle, die sich für eine Erweiterung der Regierung interessieren, sich für das große Problem in den nächsten Tagen zu interessieren, das sehr leicht die

Grundamente für eine größere Regierung

abgeben kann. Ich darf Ihnen sagen, die Plattform, auf die man da treten kann, ist kein ganz glatter Salomonboden, sondern das ist so ein Boden, der an eine Zeit Holter erinnert, wo man bei jedem Schritt bald in eine Irrefahrt, bald in eine Beschleunigung hineingerät. (Große Heiterkeit.) Das ist eine Plattform, wo man zeigen kann, daß man bereit ist, unter Opferbringen eine große Verantwortung zu übernehmen. Eine Koalition, wenn sie erwünscht ist auf breiter Basis, muß eine Regierung auf längere Sicht sein, wenn man nicht jeden Tag Gefahr laufen will, daß der eine Teil aus Angst vor Zahlen sich wieder in die Büsche schlägt. Wir im Zentrum gehen den Weg der harten Pflicht, und wir gehen ihn im Bewußtsein auch parteipolitischer Verantwortung. Die nächsten Tage stellen uns vor außerordentliche Aufgaben. Die Lösung in Cannes ist keine definitive, sie ist nur eine vorübergehende; die große Vereinigung steht noch aus. Die allergrößte Frage, wie die Völker überhaupt unter den Reparationslasten nebeneinander leben wollen, ist noch vollkommen offen, kann überhaupt erst gelöst werden, wenn der wirtschaftliche Schwerpunkt der Welt, Amerika, (somit wirtschaftlich wie finanzpolitisch geneigt ist, sich für Europa zu interessieren.)

Ich weiß nicht, wieviel Tage und Monate noch vergehen werden, bis die

Erkenntnis von der Gesamtsolidarität

in der Welt durchgedrungen ist. Diese Erkenntnis hat Fortschritte gemacht. Als der Gouverneur der Bank von England Herr v. Hanckenstein eröffnete, daß unter solchen Zahlungsbedingungen, wie sie Deutschland auferlegt wären, Kredite in England für Deutschland zu Reparationszwecken nicht zu erhalten seien, war das der Moment, in dem das deutsche Volk, ohne daß man ihm durch nur mit einem Satz den Vorwurf der Unaufrichtigkeit machen durfte, seinen Gegnern sagen konnte: Bitte setzen Sie sich zusammen und prüfen Sie ernstlich dieses für die ganze Welt bedeutungsvollen Spruches die Leistungsfähigkeit Deutschlands nach. Diese Prüfung ist nicht abgeschlossen, sie wird in kurzem vollendet sein müssen. Aber erwarten Sie nicht, daß von heute ab morgen, nachdem die großen politischen Fragen Ende Jahre lang diskutiert sind, dieses Problem in ein paar Tagen ebenfalls vom Tische der europäischen Völker schwinden wird. Sie werden mit Geduld und mit Gehuld und nochmals Gehuld diese Entscheidung verfolgen müssen. Aber ich sage Ihnen ein zweites. Was wir brauchen ist ein aufrichtiges Bekenntnis, daß es uns innerpolitisch ernst ist, die

Finanzen des Reiches in Ordnung

zu bringen. Wenn wirklich irgendetwas in einer andern Partei ein geeigneter Finanzminister ist, der dieses Problem meistern kann, so bitte ich jede Partei und jeden befreundeten Mann, den Namen dieses großen kommenden Mannes in der Wilhelmstraße anzugeben. (Heiterkeit.)

(Schluß auf der 2. Seite.)

Anzeigenpreis:

Die Jahrgangspolizei Kampfreizzeit kostet 2. — 2. — „kleine Anzeigen“ des vergrößerten Wort 2. — 2. — (wichtig zwei Jahrgangspolizei, jedes weitere Wort 1.50 M. Siebenzeiler und Schlußzeilenanzeigen des ersten Wort 1.50 M. jedes weitere Wort 1. — M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 4. — M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerungsabgabe.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4. Uhr nachmittags im Hauptgeschäfts-Büro des Verlags, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Größtens von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

## Leipzig und wir.

Die politische Mission der Mehrheitssozialdemokratie.

Von Eduard Bernstein.

Die Reden und Beschlüsse des Leipziger Parteitags der Unabhängigen Sozialdemokratie haben in der Presse unserer Partei eingehende Besprechung gefunden, die erfreulicherweise durchweg in kameradschaftlichem Ton gehalten war. Man entnahm aus ihnen mit Bedauern die Tatsache, daß die Zeit des Zusammenschlusses der beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands noch nicht gekommen ist, aber fand sich ohne bittere Gegenäußerungen mit den Angriffen und Anschuldigungen gegen unsere Partei ab, an denen es in Leipzig nicht gefehlt hat. Dies ganz ersichtlich in der Erkenntnis, daß die innere und äußere Lage Deutschlands ein von Gehässigkeiten freies Nebeneinanderarbeiten der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wünschbar macht, so daß sie sich im gegebenen Fall ohne Reibungen zu gemeinsamer Aktion zusammensuchen können.

Die Vermeidung alles unnötigen Streites schließt aber natürlich nicht aus, daß man sich in aller Ruhe und Sachlichkeit über die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten auseinandersetzt, welche die beiden Parteien heute trennen. Und in bezug auf sie scheint mir ein nachträgliches Wort zu den Leipziger Debatten am Platze.

Fragen wir unter Beiseitelassung aller Personenfragen und aller Fragen bloßer Taktik, was die beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands auseinanderhält, so löst uns von Leipzig zunächst die Antwort entgegen: die Koalitionspolitik. Und die ist in der Tat mehr als eine Frage bloßer Taktik. Bei ihr handelt es sich um mehr als rein äußerliche Zweckmäßigkeiten. Sie ist nicht eine Frage der Taktik, sie ist eine tieferegreifende Frage der Politik, die nicht mit bloßer Taktik zu verwechseln ist. Taktische Fragen sind Angelegenheiten der Berechnung in Hinblick auf unmittelbare zu erzielende Vorteile; sie können jede für sich allein betrachtet und gewertet werden. Die Politik umfaßt einen ganzen Komplex von Fragen, sie ist der Ausfluß grundsätzlicher Ueberlegungen, bei denen nicht der augenblicklich zu erzielende Vorteil, sondern große weitreichende Interessen des Entschids geben. Nicht aus taktischen Rücksichten, aus Gründen der Politik im tieferen Begriff dieses Wortes hat sich die Mehrheitssozialdemokratie dazu entschlossen, für die Zwecke der Bildung einer Regierung der Republik nötigenfalls Koalitionen mit bürgerlichen Parteien einzugehen.

Wir haben in Deutschland die demokratische Republik erlangt, und ohne uns darüber zu täuschen, daß sie noch unvollkommen ist, uns nur erst die Form für ein im vollen Sinne des Begriffs republikanisches Gemeinwesen darbietet, sind wir Sozialdemokraten doch darin einig, daß wir diese Republik unter allen Umständen gegen ihre Gegner verteidigen, mit Aufgebot aller unserer Kraft für ihre Sicherstellung einreten müssen. Nun ist aber die Sicherstellung keineswegs nur eine Frage äußerer Machtmittel. Sie hängt auch davon ab, daß die Republik lebt und sich entwickelt, statt nur zu vegetieren. In diesem Sinne leben kann sie aber nur, wenn sie eine ihrem Wesen angepaßte Regierung hat, denn ohne das wird man nie erringen, daß die Welt, daß insbesondere die breite Masse des eigenen Volkes an sie glaubt.

Die Aufgabe aller, welche danach streben, die Republik lebens- und entwicklungsfähig zu erhalten, muß danach, soweit die Regierungsbildung in Betracht kommt, darauf gerichtet sein, für das Zustandekommen einer möglichst den Anforderungen der Republik entsprechenden Regierung zu sorgen. Eine solche ist aber bei dem Stärkeverhältnis der Parteien in Deutschland auf absehbare Zeit nur möglich auf Grund einer Koalition derjenigen bürgerlichen Parteien, die sich entschieden auf den Boden der Republik gestellt haben, mit der Sozialdemokratie.

Was dabei herauskommt, wenn die Sozialdemokratie es ablehnt, an solcher Koalition teilzunehmen, haben wir in der Periode vom Juni 1920 bis Mai 1921 erlebt. Das unermessliche erste Ergebnis war die Verschiebung der Koalition und damit ihres politischen Schwerpunktes nach rechts, was dann in naturgemäßer Folge die Schwächung in weiten Kreisen des oberen und mittleren Beamtenums nach sich zog, den viel zu langamen, aber immerhin doch vor sich gehenden Prozeß von dessen Republikanisierung unterbrach, die nach rückwärts strebenden Elemente ermutigte, die republikanisch Gesinnten entmutigte und ihre Werbekraft lähmte. Freund Dittmann, der in Leipzig eine ganze Philippika gegen die Koalitionspolitik der Mehrheitssozialisten vom Stapel ließ und sie für alle möglichen Reaktionserscheinungen, die sich in Deutschland eingestellt haben, verantwortlich machte, scheint den Umstand ganz außer Betracht gelassen zu haben, daß es gerade das Probejahr des Draußenbleibens der Mehrheitssozialisten aus der Koalition war, von dem dieser verhängnisvolle Umchwung datiert, dessen üble Wirkungen wiederzugutmachen keine sehr leichte und vor allem keine sehr schnell vor sich gehende Sache ist.

Bergegenwärtigt man sich dies, so wird man zu einer anderen Einschätzung der Koalitionsfrage kommen, als sie aus den in Leipzig gehaltenen Reden und dem dort beschlossenen Manifest spricht. Es wäre sehr unzutreffend, dem Kabinett Fehrenbach-Simons antirepublikanische Tendenzen nachzusagen. Seinen Absichten lagen Reaktionsbestrebungen durchaus fern. Aber man tut ihm kein Unrecht, wenn man feststellt, daß es nichts Ernsthaftes getan hat, den oben gekennzeichneten Reaktions Tendenzen entgegenzuwirken. Und das wird bei allen sozialistischen Regierungen Deutschlands der Fall sein. Von unseren bürgerlichen Parteien ist keine mit ganzer Seele republikanisch gesinnt, hat keine die Republik gewollt. Zentrum und Demokraten haben sie als die nach Lage der Dinge für Deutschland notwendige Regierungsform anerkannt und sind insofern wenigstens mit Bezug auf sie zuverlässig. Bei der Deutschen Volkspartei ist aber auch das nicht einmal der Fall. Ein erheblicher Teil ihrer Mitglieder bekennt sich zur Republik nur „auf Ziel“ und würde morgen zur Monarchie überlaufen, wenn diese möglich wäre. Nun ist jedoch eine sozialistische Regierung ohne Einbeziehung der Volkspartei in Deutschland undenkbar. Wer sie will, muß sich dessen bewußt sein, daß er die Volkspartei wieder an die Regierung bringen wird, und zwar ohne das Gegengewicht einer der Republik mit Leib und Seele ergebenen Partei.

Wollen die Unabhängigen das? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Sie wollen es nicht. Und weil sie es nicht wollen, können sie vernünftigerweise auch nicht wollen, daß unsere Partei aus der Regierungskoalition austritt. Sie können es um so weniger wollen, weil sie wiederholt es für notwendig erklärt haben, daß das Kabinett Birich erhalten bleibt und sehr genau wissen, daß mit dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Koalition das Kabinett Birich in die Luft fliegen würde. So sind sie in der widerspruchsvollen Lage, etwas zu wollen oder wenigstens zu wünschen, was sie nach ihrer feierlich verkündeten Doktrin verdammen müssen, nämlich das Verharren der Mehrheitssozialdemokraten in der Koalition.

Es ist nicht der einzige Widerspruch in ihrer Politik. Auf Schritt und Tritt steht ihr praktisches Verhalten, bei dem sie ihrer politischen Einsicht folgen, im Widerspruch mit ihren in der Agitation für maßgebend erklärten Vorschriften des Klassenkampfes. In der großen Frage aber, die für die Befestigung und Weiterentwicklung der Republik in Deutschland entscheidend ist, da operieren sie für sich die Einsicht in die politischen Notwendigkeiten dem überklärten Schlagwort auf. Sie begreifen, daß es ohne Koalition nicht geht, überlassen aber die Umsetzung in die Tat der verkehrten Mehrheitssozialdemokratie nach dem berühmten Ausspruch: „Hannemann, geh du voran, du hast die großen Stiefeln an.“

Mag es sein. Unsere Partei hat die Notwendigkeit der Koalitionspolitik erkannt und wird an ihr festhalten, solange es unter verständlichen Bedingungen möglich ist. Sie erblickt ihre politische Mission darin, die Partei der deutschen Republik zu sein. Dazu gehört ja nicht bloß, daß man erklärt, für sie im Notfall das Schwerste aufzubieten zu wollen. Es erheischt, daß man ihr die Mittel zu m Leben bewilligt, ihr die Möglichkeiten der Entwicklung sichert. Es erfordert von uns große Opfer, es erfordert die Übernahme von Verantwortungen, die einer Partei wie die Sozialdemokratie ihrer ganzen Natur gemäß ganz besonders schwer fallen, und setzt uns allen möglichen Angriffen aus. Aber die Partei hat die Pflicht, diese Opfer zu bringen.

Denn es handelt sich im Wirken für die Republik um mehr als bloß die Erhaltung einer Regierungsform. Als das konnte und könnte die Frage der Republik unter Verhältnissen erscheinen, die heute für Deutschland nicht bestehen. Heute umschließt die Form einen sehr realen Inhalt. Mit ihr würde mehr fallen, als bloß ein Symbol. Hinter ihren Feinden lauert die Reaktion auf allen Gebieten des sozialen Lebens. Sie arbeiten reslos und mit Riesmitteln am Vert der Zerstörung, und ihr Spiel ist gewonnen, wenn es gelingt, die

Masse des Volkes auch nur zur Gleichgültigkeit gegenüber der Republik zu bewegen.

Das fühlen die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit, und darum geben sie der Partei ihre Stimme, die um des Wirtens für die Republik willen auf die Annehmlichkeiten verzichtet, welche das Verharren in der Opposition darbietet, bleibt die Fraktion des deutschen Sozialismus, welche sich allen Anfeindungen und Anschuldigungen aussetzt, die mit der Übernahme großer Verantwortungen verbunden sind, trotz alledem die Mehrheitssozialdemokratie.

## Die Steuerfrage.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt, wie schon gemeldet, heute nachmittag um 4 Uhr zusammen, um zu den drängenden Fragen der Steuerpolitik Stellung zu nehmen. Sie wird eine eingehende und verwickelte Situation vorfinden, denn die Nachricht bürgerlicher Blätter, zwischen Zentrum und Sozialdemokratie sei bereits eine feste Vereinbarung getroffen, die nur noch des Segens der Fraktionen bedürfe, wird durch die ständige Wiederholung nicht richtig. Das muß offen ausgesprochen werden, obwohl die neueste Meldung der volksparteilichen „Zeit“, das Kompromiß bereits fertig, offenbar nur aus dem Bedürfnis hervorgeht, zu erfahren, wie es in Wirklichkeit steht.

Die Sozialdemokratie hat von Anfang an den Gedanken vertreten, daß zwar neue Verbrauchsteuern schon des äußeren Zwanges wegen nicht zu umgehen seien, daß es aber auch notwendig sei, den Besitz in ganz anderem Maße, als das bisher geschah, zur Tragung der Gesamtkosten mit heranzuziehen, wobei insbesondere die in Händen der alten und der neuen Reichen befindlichen Sachwerte ins Auge gefaßt zu werden verdienen. Diesem Gedanken werden sich die bürgerlichen Parteien auf die Dauer doch nicht entziehen können, und zweifellos werden diejenigen am klügsten handeln, die ihm rechtzeitig ausreichende Zugeständnisse zu machen bereit sind.

Ob aber solche Zugeständnisse zu erwarten sind, die es der Sozialdemokratie ermöglichen, das Steuerwerk in Gemeinschaft mit einem Teil der bürgerlichen Parteien zu vollenden, steht in diesem Augenblick durchaus noch nicht fest. Sicher ist nur, daß der Mangel solcher Bereitwilligkeit Deutschland mit einer schweren innerpolitischen Krise bedrohen würde.

Die Sozialdemokratie steht prinzipiell auf einem ausgezeichneten Kampfboden, sie tritt für eine Forderung ein, die zweifellos bei der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes Billigung findet. Tatsächlich wird ihre Stellung durch den Umstand erschwert, daß sich die gemeinsame Front der beiden sozialdemokratischen Fraktionen nicht auf das ganze Steuerproblem erstreckt, sondern nur auf dem Teil, der die Besitzbesteuerung betrifft. Die sozialdemokratische Mitarbeit auch an den Verbrauchsteuern ist aber unvermeidlich, wenn die Steuerreform nicht von vornherein zu einer Aufgabe allein der bürgerlichen Parteien gemacht und diesen damit die gesamte politische Macht ausgeliefert werden soll.

Zu einer solchen Mitarbeit ist die Sozialdemokratische Partei unter bestimmten Voraussetzungen bereit. Und diesen sollten sich die auf dem Boden der Republik stehenden bürgerlichen Parteien nicht zu entziehen suchen; denn dadurch würden sie sich vor dem deutschen Volk mit einer schweren Verantwortung beladen. Die Sozialdemokratische Partei wird, zumal angesichts der gesponnenen äußeren Lage, nicht bedenkenlos in innere Krisen hineinschleusen, aber sie kann ihre Politik nicht ausschließlich von dem Wunsch, solche Krisen zu vermeiden, bestimmen lassen.

Die bürgerlichen Parteien müßten eigentlich einsehen, daß die Annahme der Steuerreform ohne Berücksichtigung der sozialdemokratischen Forderungen im besten Fall eine Vertagung des Komplexes, nicht aber seinen Abschluß bedeutet. Vertagung heißt in diesem Falle auch Verschärfung. Denn Forderungen solcher Art lassen sich durch ein einmaliges

Parlamentsvotum nicht abwürgen, sie kehren immer wieder, und mit jedemmal wird die Stellung ihrer Gegner ungünstiger. Darum empfiehlt es sich für die bürgerlichen Parteien in noch höherem Maße als für uns, eine positive Lösung zu suchen, die eine Verständigung möglich macht.

## Sozialistische Fünfländer-Konferenz.

Das Bureau der Wiener Internationalen Arbeitgemeinschaft veröffentlicht in der „Freiheit“ einen Aufruf zur Einberufung einer allgemeinen internationalen Konferenz, die bereits im Laufe des Frühjahrs 1922 stattfinden soll mit folgender Tagesordnung: 1. Die ökonomische Lage Europas und die Aktionen der Arbeiterklasse. 2. Der Abwehrkampf des Proletariats gegen die Reaktion.

Andessen beruft die französische Partei mit Zustimmung des Wiener Bureaus eine Konferenz der unmittelbar am Reparationsproblem interessierten Länder, England, Frankreich, Deutschland, Belgien und Italien, ein.

Es darf wohl betont werden, daß das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale in seiner letzten Sitzung in Brüssel diesen Gedanken einer gemeinsamen Konferenz mit Parteien der Wiener Arbeitgemeinschaft bereits angeregt hatte, daß man indessen dort darin übereingekommen war, die Initiative zu der Einberufung der französischen Partei zu überlassen. Letztere hat sich in bankenswerter Weise sofort für das rasche Gelingen dieses Planes eingesetzt und in einer Sitzung des französischen Parteivorstandes, der die belgischen Genossen Vanterpöde und de Brouckere beizwohnten, die nunmehr vom Wiener Bureau genehmigten großen Linien der geplanten Konferenz bestimmt.

Die Einladung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu der ersten Fünfländer-Konferenz, die programmäßig Anfang Februar in Paris stattfinden soll, ist bereits am Montag in einer mündlichen Besprechung zwischen unserem Parteivorstand und der in Berlin weilenden französischen Delegation unter Führung des Generalsekretärs der französischen Partei Paul Faure übermittelt worden. Die Besprechung ergab eine grundsätzliche Einigung der beiden Parteien in allen mit der Einberufung der Konferenz zusammenhängenden Fragen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nimmt also die französische Einladung zu der geplanten Fünfländerkonferenz an, obwohl auch die französischen, italienischen und deutschen Kommunisten mit eingeladen werden sollen. Sie erhofft als Frucht der Konferenz — trotz der zu erwartenden kommunistischen Störungserfolge — eine engere Verbindung der deutschen und der französischen Arbeiterparteien miteinander und einen Schritt zur Wiederherstellung einer Internationale aller auf dem Boden der Demokratie für den Sozialismus kämpfenden Parteien der Welt.

## Die Finanzlage Preußens.

Im Hauptausschuß des preussischen Landtages gab der preussische Finanzminister Dr. v. Richter einen Ueberblick über die allgemeine Finanzlage Preußens. Die preussischen Finanzen seien ebenso wie die des Reiches leider von Faktoren abhängig, auf die man immer nur einen geringen Einfluß habe, z. B. von der außenpolitischen Lage. Die jetzige Struktur des Reiches führe dahin, daß das Reich sich vielfach auf die Rolle eines Knorrnenden beschränke und die Kosten der Ausführung dieser Anordnungen den Ländern überlasse. Das sei auf die Dauer nicht möglich. Im Haushaltsentwurf für 1922 sind die Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer entsprechend der Veranschlagung im Reichshaushaltsplan für 1922 mit zusammen 6810 Millionen angelegt, gegen 2839 Millionen Mark im Haushalt für 1921, also mehr 3971 Millionen Mark. Dieser Aufbesserung stehen aber gegenüber die Verschlechterungen von 46 Millionen Mark bei den Bezirksverwaltungen und 2670 Millionen Mark bei den übrigen Staatsverwaltungen. Von den bei den Steuern mehr zur Verfügung stehenden 3971 Millionen Mark sind auf diese Weise 2716 Millionen Mark aufgebracht. Der Rest von rund 1,3 Milliarden Mark und einige andere Verbesserungen im Haushalt der Steuern und Ausgaben, insbesondere auch die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens reichen aber nur dazu aus, den Fehlbetrag im Haushaltsplan für 1921 von 2,4 Milliarden Mark bis auf einen Betrag von 938 Millionen Mark auszugleichen. Für diesen Betrag soll die Deckung durch die Steuer vom Grundvermögen beschafft werden.

## Kommt der Friede vom Rhein?

Aus Mainz wird uns geschrieben: Es ist am Tage, da zum ersten Male der Gedanke auftaucht, das Rheinland von Truppen zu entsetzen, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu heben. Die Französin, deren Tochter Deutsch erlernt, sagt haßerfüllt: „Dieser Lloyd George kommt mir gerade recht! Seht, wo man sich's ein bißchen bequem gemacht hätte!“ Der französische Handel mit seinen hundert Niederlassungen hier fürchtet seinen Stützpunkt zu verlieren. Französische Offiziere zeigen offen ihren Mißmut; sie wären bei einer Verminderung des militärischen Apparates gezwungen, wieder produktiv tätig zu sein. Sehr vielen Deuten ist hier in „Mayence“ plötzlich ein Licht aufgegangen. Mitten in die benebelnden Dünste der annexionsistischen Propaganda drang der scharfe Luftzug von Cannes. Freilich, bis jetzt ist alles ein bloßes Spiel von Gedanken.

Und doch! Der Gang der bisherigen Debatten zeigt es deutlich: der Rhein wird einmal, vielleicht eher, als wir's gedacht, wieder ganz frei sein!

Ich verlasse die dunkle Stadt, die sich ob der neuen Nachricht wie in einem Taumel bewegt, und gehe dem Flusse zu. Ein starker Wind weht mir entgegen, als ich in die Uferallee trete. Da liegt er, unendlich. Das nächtliche Auge sieht ihn nicht, das Ohr hört ihn nicht. Und doch ist er da. Mag schließt aus den Lichtern am Horizont, daß dort die Stätten der Lebenden wieder beginnen müssen. Erst blickt über der Raimauer erkennt man das grün-gelblich schlebende Gedränge der Wasser. Du erfährst die Physiognomie des Stromes nur dann vollkommen, wenn du die ganz verschiedenen Eindrücke des Flußlauf und Flußbad getrennt auf dich wirken läßt. Aufwärts ist der Anferplatz der über Nacht hier bleibenden Schiffe. Von dort her grüßt ein Wald von Masten, alle mit traulichen Lichtern behängt. Darunter liegen die schweren Rähne für Kohle und Holz, in Schlaf versunkene, gutmütige Postkisten, eins neben dem andern. O Schifferhelmat! — Abwärts zeigt sich ein ganz anderes Bild, dort liegt das Fabrikzentrum der Stadt. Eben hat die dritte Schicht der großen hemischen und Zementwerke begonnen. Elektrische Förderwerke schieben hin und her, Maschinen dröhnen, riesige Fenster werfen Schlaglicht auf den Strom. Und es ist, als ob aus dem Hegenkeßel dort am Ufer Leben auch auf den Strom übergegangen sei. Die großen und kleinen Wellen schieben eisiger vorwärts, überschlagen sich groß. . . . Der Strom eimet etwas aus wie Kraft, stürmisches Selbstbewußtsein, man sieht ihm die aufgespeicherten Energien an. Sein Zeichen ist die Arbeit. Nicht umsonst sind die größten Unternehmer Deutschlands, darunter Stinnes und Thyssen, an seinen Ufern groß geworden. Aber auch die soziale Revolution hat am Rhein das Licht der Welt erblickt. Friedrich Engels ist im Wuppertal geboren, Karl Marx in Trier. Lassalle hat hier gewirkt. Wer erinnert sich nicht daran, wie Heinrich Heine im „Wintermärchen“ den Rhein erzählten heißt? Freilich, auch hier Unvergängliches. Aber wo Arbeit ist, ist auch erbitterter Kampf um ihre

Früchte. Frankreich versuchte Jahrhunderte vor 1790, wo es zum erstenmal in Besitz des ganzen linksseitigen Ufers kam, Stützpunkte am Rhein zu erlangen. Auch heute führt es den Kampf um die warentragenden Schiffe und die großen Fabriken und Gruben; nicht, wie uns Maurice Barrès weismachen möchte, um die postkolonialen Dichter, die über jenen Schiffen schweben. Aber das ist ja die tragische Ironie: die Schönheit dieses Stromes ist so groß, daß annexionsistische Streber sie zum Vorwand nehmen können, um ihre sehr materiellen Gellüste zu fördern.

Soll denn der Kampf um die Arbeit nie aufhören? Da fällt mir das Wort eines Dichters ein: „O daß man aus Granit, aus nie zerbröckelndem, den Sorg mir hüllte, und in des Meeres Abgrund ihn versenkte.“

Vor meinem Auge taucht ein drittes Bild vom Rhein auf. Ich stehe hoch oben auf der Höhe des Hunsrück, am „Schweizerhaus“, und schaue in den leuchtenden Kessel hinab, in dem sich der Strom in seinem weichen Blick vorwärts wälzt. Sein glühendes Band ist eine scharfzahnige Säge, die sich in das sperrende Gebirge tief, tief eingegriffen hat. Das ist das „Grab aus Granit“, das sich der Rhein erwähnt hat, um sich dem schmuggel-egoistischen Treiben der Menschen zu entziehen. —

Cannes ist vorüber. Zum erstenmal erklang, noch leise zwar, ein neuer Ton. Die leidende Menschheit erhofft aus tiefstem Herzen, daß er herrschend werden möge im künftigen Konzert der Völker. Möchte erst einmal der Rhein den Klauen aller Militärs entzogen sein! Der gesamten Kulturwelt würde Friede daraus ersehen. Kommt der Friede vom Rhein? Willy Pichler.

Storms Sorgenkind. Der große norddeutsche Novellist, der menschlichem Leid so tief ins Herz geschaut und die Nachtseiten des Lebens ergreifend gestaltet hat, erfuhr in seinem eigenen Dasein Herbes und Tragisches. Seine große Sorge war sein ältester, der Trunksucht ergebener Sohn. In einem der alten Briefe, die jetzt in „Westermanns Monatsheften“ veröffentlicht werden, spricht er offen davon: „Nun ist noch einer da; mein Sorgenkind Hans. Lucie und Elise haben ihn im Frühjahr vorigen Jahres verlassen, den Unglücklichen, der allein die unheilvolle Erbschaft aus seines Großvaters Familie trägt, von der sein Großvater allein unter seinen Brüdern völlig frei war; aber es ging nicht mehr. Jetzt liegt er in seinem Wörth a. M. in Bayern seit zehn Tagen schwach und elend darnieder, wie wohl nicht bezweifelt werden kann, infolge seines Lebens. Ich habe mich schon seit Jahren zur Ruhe begeben und der Hoffnung in betreff seiner entsagt. Und doch, durch alles hindurch, sehe ich immer die guten und liebenswürdigen Seiten seines Wesens. Wird nichts mehr sein, wo die zur Weltung kommen? Und wird er so im Dunkeln uns auf immer entschwinden? — Der Rest ist Schweigen.“ Am 23. Mai 1887 erzählt er von dem Tod des Sorgenkindes, an dessen Begräbnis nur sein zweites jüngster Sohn Ernst teilnahm: „Hans, mein armer Sohn, starb am 5. Dezember im Städtischen Krankenhaus zu Wöhrth a. M. an der Schwindsucht. Ich lag schwer krank. Ernst war im Oktober von Toskana zu mir gekommen; da schickte ich

ihn zu seinem todkranken Bruder in Wörth a. Main, wo Hans liegt war; acht Tage blieb er bei ihm und brachte ihn im benachbarten Wöhrth a. M. in dem trefflichen Krankenhaus unter, wo er ganz genesen und wo unter der Hoffnung, nach seiner Genesung ins Elternhaus oder zu seinem Bruder Ernst zu kommen, der Tod ihn sanft und schmerzlos in sein stilles Haus genommen hat. Dann reiste Ernst wieder hin und begrub ihn auf dem Kirchhof zu Wöhrth a. M. „Water“, sagte er, als er wieder an mein Bett trat, „deinen genialen Sohn haben wir begraben.“

Es war einmal. Aus Weimar wird uns geschrieben: Nach einer kleinen Feuilletonnotiz im „Vorwärts“ vom 11. Januar kann man zu Fuß in 4 1/2 Stunden durch sieben deutsche Staaten wandern. Das keine Hifißorden, das den Leser sicherlich wieder über die Buntschichtigkeit der Thüringer Kleinstaaten beunruhigt hat, kann für die Gegenwart keinen Anspruch mehr auf Genauigkeit erheben. Die vernünftigen vielen thüringischen Staatlichkeiten, sie gehören heute schon der Vergangenheit an. Seit dem 1. Mai 1920 gibt es kein Sachsen-Meiningen, kein Schwarzburg-Rudolstadt, kein Sachsen-Altenburg, noch Reuß j. L., noch Reuß a. L. mehr; die Thüringer Sozialisten haben damals in einem Reichsgesetz den Abschluß ihrer staatenbildnerischen Tätigkeit im grünen Herzen Deutschlands vom Reich gesetzlich dokumentiert erhalten. Wohl gibt es noch als verwaltungstechnische Unterenteile des einheitlichen Thüringens Gebiete, die den Namen der ehemaligen Thüringer Staaten tragen, aber in kurzem werden auch diese Kommunalverbände ihr Ende erreicht haben und die 4 1/2 Stunden Fußwanderung von Steinach in Bayern bis Saalethal in Thüringen werden nur noch durch drei heutzutage deutsche Staaten gehen. . . . Die Thüringer Sozialdemokraten haben durch die Schaffung ihres Einheits Thüringens mit der Territorialität und Rückständigkeit des alten Systems in Mitteldeutschland gründlich ausgeräumt. Die neue Generation wird in der Schule nicht mehr Vergnügen an den Verlesenen keiner Staaten inmitten Deutschlands haben, nur noch Freude an der herrlichen Natur des grünen Herzens Deutschlands. p. k.

Eine internationale Gemeinschaft für Serumforschung. Ein internationaler Arbeitsplan für ein großes wissenschaftliches Werk, an dem auch wir Deutschen entscheidend beteiligt sind, ist jetzt zum erstenmal wieder festgelegt worden. Wie die „Münchener Medizinische Wochenschrift“ meldet, geschah dies auf der vom Gesundheitsrat des Völkerbundes berufenen Versammlung von Serologen in London. An der Tagung, die eine Vereinbarung der in den einzelnen Ländern gebrauchten Sera durchzuführen wollte, nahmen auch zwei deutsche Forscher teil, nämlich Kofke und H. Sachs. In vier Ansätzen wurden die einzelnen Sera behandelt: im ersten des Antiphtherie- und Antistaphylococcus-Serum, wobei für das erste nur zwei Sera des Frankfurter Instituts für experimentelle Medizin und das des Sanitätsamtes in Wöhrth, in Betracht kamen. Die Kontrolle dieser beiden Sera wurde dem staatlichen Seruminstitut in Regensburg übertragen. Auch das von dem zweiten Ausschuss behandelte Serum bei der Reinifikation und Pneumokokkeninfektion soll in seinen einzelnen Präparaten untersucht werden. Der dritte Ausschuss, in dem Prof. Kofke den Vorsitz führt, beschäftigt sich mit dem Diphtherie-Serum, dessen einzelne Präparate ausgeführt und verglichen werden sollen. Der vierte Ausschuss behandelte die Sero-Diagnose der Syphilis und be-

# Ausgabendeckung durch neue Tarifierhöhungen

## Die Vorstandswahl im Stadtparlament — Wüster Tumult auf der Tribüne.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern die in der vorigen Sitzung abgebrochene Vorstandswahl fortzusetzen. Wie bei der Vorstandswahl im November, verzichtete die Linke auf jede Beteiligung und ließ die Bürgerlichen im Vorstand unter sich. — Die Nachtgestülte der über eine ganz knappe Mehrheit verfügenden Bürgerlichen kamen zum Ausdruck in dem Beschluß, die Verwaltungsdeputationen künftig mit 17 Mitgliedern statt mit 16 zu besetzen. Bei 16 wären Linke und Rechte gleich stark vertreten, der siebzehnte Sitz aber muß natürlich der bürgerlichen „Mehrheit“ zufallen. — Vor der Vorlage, betreffend die Tarifierhöhungen zur Deckung der durch die notgedrungenen Lohn-erhöhungen und durch Steigerung der Materialkosten entstandenen Mehrausgaben, wollten die Kommunisten ihre Erwerbslosenfrage erörtern. Verzicht auf Debatte und wortlose Ueberweisung an den Ausschuß paßte ihnen nicht. Als ihre Wünsche nicht befriedigt wurden, gab es einen Tribünenraub, wie er so toll bisher kaum da-gewesen war. Nach Räumung der Tribüne stimmten die Kommunisten wortlos der Ueberweisung an den Ausschuß zu. Erst in später Stunde kam dann die Deckungsvorlage heran. In der Debatte wurde die Notlage der Werke, besonders der Straßenbahn, von allen Rednern beleuchtet. Die Vorlage wurde einem Ausschuß überwiesen.

### Sitzungsbericht.

Unter dem einhundert Gegenständen, die in der Tagesordnung für die heutige außerordentliche und für die ordentliche Donnerstagssitzung zur Erledigung kommen sollen, sind nicht weniger als 57, die in der letzten Sitzung am 5. Januar unerledigt blieben.

Zunächst wird in der

### Wahl der Vorsteherstellvertreter.

die am 5. Januar infolge des Eintritts der Beschlussfähigkeit nicht vollzogen werden konnte, fortgesetzt. Vorpächler sind Fabian (Nat.), Meyer (Dem.), Schwarz (D. Sp.). Im ersten Wahlgang werden 181 Stimmen abgegeben, von denen 103 auf Fabian lauten, 1 auf Meyer, 72 auf Schwarz und 1 unglücklich. Fabian nimmt an. Die beiden anderen Stellvertreter Meyer und Schwarz werden durch Zuzuf wieder gewählt und nehmen ebenfalls an. — Durch Zuzuf erfolgt auch die Wahl der 4 Beisitzer und der 4 Beisitzer-Stellvertreter (sämtlich den bürgerlichen Fraktionen angehörig), damit ist das Bureau konstituiert.

Während der Ermittlung des Ergebnisses des ersten Wahlgangs war die Diskussion über die Zusammensetzung der zentralen Verwaltungsdeputationen und über den demokratischen Antrag wegen Schaffung einer besonderen Deputation für das Fach- und Fortbildungsschulwesen fortgesetzt und beendet worden. Ueber den Antrag der Demokraten, die zentralen Deputationen aus 17 (statt 16) Mitgliedern zusammenzusetzen, findet namentliche Abstimmung statt.

Nach dem Abschluß des Namensaufrufs beantragt Schumacher (Komm.), die wiederholt früher zurückgestellten Anträge betr. die

### Unterstützung der Erwerbslosen

vorzuschicken und vorweg zu bereiten. Die Kostlage der Erwerbslosen sei noch verschärft worden durch die Magistratsvorlesung vom 16. Dezember, wonach die Unterstützung in bestimmten Fällen nach Ablauf von 13 bzw. 28 Wochen aufzuhören habe. (Wahrheit bei den Komm.) Der Antrag Schumacher wird abgelehnt. (Erneute Wuturufe im Saale auf der äußersten Linken und großer Lärm auf der Tribüne.) Der Vorsteher gibt das Resultat der namentlichen Abstimmung bekannt: bei dem tosenden Lärm, der auf der Tribüne und im Saale herrscht, ist davon auf den Presseplätzen nichts zu verstehen. — Erst später wird bekannt, daß der Antrag der Demokraten mit 107 gegen 56 Stimmen angenommen ist. — Inmitten des fortwährenden Lärms wird über den Antrag der Demokraten wegen Einführung der besonderen Deputation für das Berufsschulwesen abgestimmt und auch dieser Antrag für angenommen erklärt.

Die lärmende Unruhe und Erregung unter einem Teil der Tribünenbesucher dauert fort und macht sich in entrüsteten gegen die Bürgerlichen gerichteten Zurufen in den Saal hinunter Luft.

In der Versammlung ruft ein Antrag Müller-Franken (D. Sp.), die Anträge wegen Ueberfüllung der Straßenbahnwagen und wegen Besteuerung der Kraftdroschken vorwegzunehmen, entrüstete Proteste der äußersten Linken hervor, die Miene macht, gegen die Rechte vorzudringen. Dem anwachsenden Tumult sucht der Vorsteher vergeblich zu steuern, seine Worte und Rufe gehen in dem allgemeinen Lärm unter. Schließlich verläßt er seinen Platz, nachdem er anscheinend die

### Räumung der Tribüne

angeordnet hat; die Sitzung ist damit um ¼ Uhr unterbrochen. Auf der Tribüne erscheint nunmehr der Rathhauskommissar Stadtrat Wege, seine Wiederholten in aller Höflichkeit vorgebrachten Versuche, die Räumung herbeizuführen, gelangen erst nach lange dauernden Intermezys seitens der sich vollkommen wild gebärdenden Tribünenbesucher. Um 8¼ Uhr erklärt Vorsteher Dr. Caspari die Sitzung für wieder eröffnet.

Dem Antrage Müller-Franken gemäß wird der Antrag betr. die Kraftdroschkenbesteuerung sofort der Ausschußberatung überwiesen. Entsprechend einem von sämtlichen Parteien gestellten Antrage überweist die Versammlung sämtliche zur Erwerbslosenfrage vorliegenden Anträge dem ständigen Ausschuß für die Erwerbslosenfürsorge, der heute noch gewählt werden soll.

Die Sitzung für den Parl- und Bestattungsausschuß wird genehmigt; die verlangten 2 pädagogischen Dezernentenstellen werden bewilligt.

Sodann wendet sich die Versammlung zur Erörterung der Vorlage, welche die

### Deckung der Mehrausgaben

infolge der Lohnerhöhungen (Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahn) bezweckt.

Fabian (Nat.) protestiert gegen das Verfahren des Magistrats; ohne effektiven Abbau des überflüssigen Personals werde keine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen. — Rämmerer Dr. Harding: Der Magistrat hat mit aller Beschleunigung vorgehen müssen. Im Ausschusse wird jede Auskunft gegeben werden; möge der Ausschuß so rasch wie möglich arbeiten, damit die erhöhten Tarife noch vor Monatschluß in Kraft treten können.

Dr. Wepl (U. Sp.) muß leider der Kritik Fabians in vielen Punkten zustimmen. Die Vorlage, die die Erhöhungen vorschlag, sei tatsächlich sehr dürftig begründet gewesen. Von 340 Millionen würden übrigens nur 83 durch die Vorlage „gedeckt“. Von irgendeinem Hinweise auf Maßnahmen zur

### Erhöhung der Rentabilität der Werke

finde sich keine Spur; stets komme der Magistrat in immer kürzeren Zwischenräumen mit mechanischen Tarifierhöhungen. Der Streit zwischen Stadtrat Horten und Oberbürgermeister Böß sollte endlich ausgetragen werden. Was sei aus den Millionenüberschüssen geworden, die Stadtbaurat Adler noch im Oktober aufhäufte? Die breite Masse der Körperschaft gleiche schon heute einer ausgepökelten Krone; die Stadt sei einfach nicht in der Lage, diese Deckungsforderungen zu erfüllen. Auch diesmal sei der unkonstruktive Versuch gemacht worden, die Straßenbahnstarifierhöhung sofort in Kraft zu setzen! Der Ausschuß solle aus 25 Mitgliedern bestehen und auch die Betriebsräte der Werke amtlich zur Auskunftserteilung hinzuziehen. (Lachen rechts.)

Stadtbaurat Adler sucht die Bormüde wegen der Ueberfüllung der Wagen zu entkräften. Neue Wagen anzuschaffen sei kaum möglich.

Ein Straßenbahnwagen kostet heute 600 000 Mark.

Der Vorschlag eines Mantogeldes für die Schaffner sei unbur-schulbar, er würde das Unternehmen mit über 1/2 Millionen belasten.

Es sprechen ferner Dr. Schmidt (Z.) und Schumacher (Komm.), der u. a. für die Bewilligung von Mantogeldern eintritt und das Fehlen des Oberbürgermeisters rügt.

Bürgermeister Ritter: Der Oberbürgermeister ist um 7 Uhr zu einer Sitzung nach der Wilhelmstraße geladen worden. Die Rede des Kollegen Dr. Wepl könnte von der Rechten als Flugblatt verbreitet werden. (Lachen links.)

Löwy (Soz.): Bisher ist der Nachweis der unbeding-

ten Notwendigkeit der Erhöhung der Tarife nach unserer Meinung nicht erbracht; es wird im Ausschuß darüber Klarheit zu schaffen sein. Im übrigen sei sowohl Dr. Wepl wie Fabian im Angriff auf den Magistrat doch wohl etwas zu weit gegangen.

Es folgt um 10 Uhr 10 Minuten noch eine längere Entgegnung des Rämmerers. — Die Sitzung dauert noch 10¼ Uhr fort.

## Die „Arbeit“ der Kommunisten im Rathaus.

Die Vorgänge in der gestrigen Stadtverordneten-sitzung, über die an anderer Stelle unseres Blattes berichtet wird, sind wieder ein lehrreiches Beispiel dafür, wie in der Stadtverordnetenversammlung systematisch die Arbeiten er-richtet werden. Unter den diesmal genau 100 Punkten der mit zahlreichen Resten früherer Sitzungen beladenen Tagesordnung waren auch ein paar die Erwerbslosen betreffende kommunistische Anträge, die ziemlich weit hinten standen, so daß die Möglichkeit einer Erledigung in dieser Sitzung sehr zweifelhaft schien. Im Kellereenausschuß, der vor der Sitzung zusammentrat, beantragten die Kommunisten, nach Vollzug der Vorstandswahlen nicht sogleich die Deckungsvorlage, sondern zuerst die Erwerbslosenfrage zu erörtern. Gegen diesen Vorschlag wurden Bedenken geäußert, weil zu befürchten sei, daß nach einer ausgiebigen Debatte über die Anträge die Deckungsvorlage in der Sitzung nicht mehr erledigt werden könnte. Alle anderen Parteien, mit Einschluß der Unabhängigen, waren aber damit einverstanden, die Erwerbslosenfrage vor der Deckungsvorlage heranzunehmen, sie jedoch ohne Debatte an den Ausschuß für Erwerbslosenfragen zu überweisen, der dann sofort in den nächsten Tagen an die Erledigung heranzugehen würde. Die Kommunisten aber lehnten das ab und erklärten, sie könnten nicht darauf verzichten, zu reden. Daraufhin erklärten die Bürgerlichen, dann würden auch sie nicht darauf verzichten können, sich ihrerseits zu den Anträgen zu äußern. Nach der langen Debatte, mit der man da zu rechnen habe, sei dann auf rasche Erledigung der Deckungsvorlage nicht mehr zu hoffen. Nunmehr kam die sozialdemokratische Fraktion auf den Vorschlag zurück, die Deckungsvorlage vorwegzunehmen, aber die Kommunisten beharrten bei ihrem Widerpruch. Im Plenum beantragten sie die Vorwegnahme der Erwerbslosenfrage. Die Ablehnung der Vorwegnahme richtete sich nicht gegen die Vorwegnahme überhaupt, sondern gegen die Vorwegnahme mit Debatte.

Wäre es den Kommunisten schlich darum zu tun gewesen, daß ihre Anträge rasch erledigt werden, dann hätten sie durch Verzicht auf Reden den sofortigen Beginn der Arbeit des Ausschusses erzwingen können. Aber es kam ihnen darauf an, durch Reden zum Fenster hinaus auf ihre Anhängererschaft zu wirken. Sehr eigenartig war übrigens auch das Verhalten der Unabhängigen. Im Kellereenausschuß hatten sie sich durchaus dafür erklärt, daß die vorwegzunehmenden Anträge debattiertes dem Ausschuß überwießen würden. Im Plenum aber, wo die Kommunisten dabei beharrten, zu reden und zwar sofort zu reden, stimmten die Unabhängigen dafür, daß dieser Wunsch erfüllt würde. Der ganze Streit im Saal und der danach ausbrechende wilde Tumult auf der Tribüne, der zu einer langdauernden Unterbrechung der Sitzung nötigte, wäre zu vermeiden gewesen, wenn die Kommunisten gewillt hätten. Erst nach anderthalbstündiger Sitzungspause sagten die Tribünenbesucher sich dem vom Vorsitzenden Caspari zunächst vergeblich ausgesprochenen und auf der Tribüne wohl auch gar nicht gehörten Räumungserlangen — und jetzt gaben sich auch die Kommunisten damit zufrieden, daß die Erwerbslosenfrage ohne Reden sofort dem Ausschuß für Erwerbslosenfragen überwießen wurden.

Zur Kostlage der Gemeinden. Nachdem erst im November v. J. vom Magistrat in Dortmund ein Hehlbetrag von 20 Millionen Mark gegenüber dem Voranschlag festgestellt wurde, ist jetzt schon wieder ein Hehlbetrag von rund 41 Millionen Mark im städtischen Haushalt ermittelt worden. Zur Deckung dieses Hehlbetrages sollen erhoben werden 15 Proz. der städtischen Wohnungsabgabe und ein Kontingent von 600 Proz. der staatlichen veranlagten Gewerbesteuer. Rund 20 Millionen Mark soll das Reich erlassen für Mehraufwendungen an Besoldungen usw.

## 13] Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun.

Doktor Sglt drehte den Lehnstuhl zu Ramsell Berg um, hob ihn dicht zu ihr hin und sagte befehlend:

„Sehen Sie sich!“

Ramsell Berg sah ihn verschüchtert an und ließ sich in den Stuhl fallen, während sie jappete, als könne sie in der strammhängenden Taille keine Luft bekommen.

Hjarmer sah sie mit seinen bleichen, nerodösen Augen unverwandt an.

„Ist der Hof abgebrannt?“ fragte er.

Ramsell Berg schnappte nach Luft, während die groben Knöchelhände auf und nieder tasteten.

„Herr Hilde ist tot!“ brachte sie schließlich heraus.

„Wer?“ rief Frau Hjarmer und griff sich ans Herz, während ihr alles Blut aus den Wangen wich. Es klang so anstößlich, daß sowohl Hjarmer, Doktor Sglt und Selma sich zu ihr umdrehten.

„Der alte Hilde?“ fragte Hjarmer und beugte sich zu der Fremden.

Im selben Augenblick hühte Helwig, wie nah sie daran gewesen war, sich in ihrer Nervosität zu verraten. Das Blut stieg ihr gewaltsam zu Kopfe, und ihre Beine zitterten unter ihr.

Doktor Sglt ging hinter ihrem Stuhl vorbei und setzte sich auf den Puff vor Ramsell Berg.

„So — lassen Sie sich jetzt, Ramsell Berg!“ sagte er ruhig und hart. „Sie sind doch sonst ein vernünftiges Frauenzimmer. Also der alte Hilde ist gestorben. Wann und wie?“

Wieder tastete sie mit ihren groben Knöchelhänden über die strammhängende Taille, als ob sie keine Luft bekommen könne.

„Herr Hilde — ist — ermordet!“ plähte sie schließlich in einer so heftigen Bewegung heraus, daß die Stimme überkippte.

„Ermordet?“ rief der Amtsvorsteher, während Frau Helwig und Fräulein Selma zusammensahren und die Fremde entsezt anstarrten.

Der Doktor erhob sich hastig.

„Wo liegt er?“ fragte er schnell und leise, während seine

kleinen, scharfen Augen sich in den großen, hervorstehenden, bebenden Vogelblid bohrten.

„Im Park — vor der Verandatreppe!“ brachte sie mühsam hervor.

„Wer hat ihn gefunden?“ fragte Hjarmer. Er fühlte sich plötzlich mitten in seiner Amtstätigkeit, jede Nervosität war wie fortgeblasen.

Ramsell Berg hatte sich etwas beruhigt. Die Hände tasteten nicht mehr umher, und die Stimme klang trocken und schneidend in ihrer Schärfe, aber knarrte nicht mehr vor Aufregung wie vorher.

„Ich fand ihn, als ich ihm seinen Kamillentee bringen wollte und er nicht in seinem Zimmer war.“

„Ich radele sofort hinüber!“ sagte Doktor Sglt zu Hjarmer.

„Vielleicht ist noch Leben in ihm.“

Der Amtsvorsteher nickte in hastiger Ueberlegung:

„Ich werde dem Arrestvorsteher telephonieren, daß er und Schuhmann Petersen sofort antreten sollen. Dann können wir gleich die Leichenschau vornehmen, wenn er tot ist.“

„Meinetwegen! — Die Nacht ist jetzt ja doch verdorben.“

Als Hjarmer ins Kontor gehen wollte, um zu telephonieren, glaubte Fräulein Selma, daß er gleich zum Ziegelhof hinüberwolle. Sie hielt ihn zurück und sah ihm mit ihren großen, fürsorglichen Augen bestimmt an: „Sie müssen erst etwas essen, Herr Hjarmer!“

„Ich habe jetzt keine Zeit!“

Der Amtsvorsteher wollte an ihr vorübergehen, aber da sagte Frau Helwig:

„Doch, mein Freund — denk an Deine Kopfschmerzen.“

Hjarmer blieb stehen und schloß sich an den Kopf.

„Nun, also gut! — Aber dann schnell, Fräulein Sindal!“

„O Gott, o Gott!“ begann Ramsell Berg wieder zu stöhnen. „Er hätte hundert Jahre alt werden können.“

Der Doktor sah sie hastig und scharf an.

„Wer hat ihn ermordet?“ fragte er.

Sie zuckte zusammen.

„Himmel, woher soll ich das wissen!“ sagte sie und sah ihn erschrocken an.

„Na, auf Wiedersehen!“ Doktor Sglt winkte Frau Helwig und den anderen mit der Hand zu.

Dann ging er durch die offenkundige Kontortür hinaus, während Fräulein Selma durch das Schimmer in die Küche eilte, um Seine wegen des Nachtmahles Bescheid zu sagen.

Hjarmer ging ins Kontor und klingelte am Telephon.

„Das Arresthaus — bitte! Hier Amtsvorsteher Hjarmer! — Ist der Arrestvorsteher zu Hause? — Dann muß er wieder aufstehen. Wollen Sie ihm sagen, daß er sich so bald wie möglich mit Petersen bei mir einstellen soll. Wir müssen eine Leichenschau auf dem Ziegelhof vornehmen — der alte Hilde ist ermordet worden! — Haben Sie mich verstanden? — Schön — gute Nacht!“

Hjarmer klingelte ab und kam zurück, hastig und geschäftig wie ein Mann, der in voller Tätigkeit ist.

Er setzte sich auf den Puff gerade vor Hildes Haushälterin und begann:

„So, Ramsell Berg, lassen Sie mich jetzt etwas Näheres erfahren!“

Frau Helwig erhob sich.

„Soll ich gehen?“ fragte sie.

„Nein, bleib nur, Liebste! — Wenn es Dich nicht zu sehr angreift.“

Frau Helwig setzte sich schweigend nieder und nahm die Stieler zur Hand, aber sie arbeitete nicht.

„Um wieviel Uhr kamen Sie mit dem Kamillentee?“

Ramsell Berg hatte sich selbst wiedergefunden. Sie sah lertzengerade da und gab ihre Erklärungen ab.

„Ich brachte Herrn Berg immer seinen Kamillentee, bevor er zu Bett ging — das lindert, sagte er, und —“

„Zu welcher Zeit?“ fragte der Amtsvorsteher und zog sein Kollzbuch hervor.

„Es war gewöhnlich Punkt elf Uhr. Er mußte ihn ja neben seinem Bett stehen haben, damit er recht heiß wäre, wenn er ihn trank.“

„Er war also nicht wie sonst in seinem Schlafzimmer?“

„Nein. Dann ging ich zum Kontor; aber niemand wortete, als ich anklopfte. Und als ich die Tür öffnete, war er nicht da. Aber die Papiere lagen noch ebenso auf dem Schreibtisch wie am Nachmittag, als ich drinnen war, um als Zeuge zu unterschreiben.“

Der Amtsvorsteher spöhte die Ohren.

„Als Zeuge? Für was?“

„Für etwas, das man eine Beglaubigung nennt.“

„Ja, ja, aber für welche Papiere? Wer war außer Ihnen und Hilde zugegen?“

(Fortsetzung folgt.)

# Der Prozeß gegen das Schönheitsballett.

## Fortgang des Verfahrens.

Der Cella-De-Rhendi-Prozeß nahm gestern seinen Fortgang, ohne jedoch zu Ende geführt zu werden. Als Zeugen bzw. Sachverständige wurden Generaldirektor Langendorf, Kriminalkommissar von Behr und Präsident Riedel vernommen. Der Prozeß wird vermutlich im Laufe des heutigen Tages sein Ende finden.

Generaldirektor Langendorf von der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft bezeugte, was die Länge anbelangt, so sei er wegen der Harmlosigkeit sehr enttäuscht gewesen. (Heiterkeit.) Er habe sich bei der Vorführung der Länge umgedreht und erklärt: „Jenes nein, ist das langweilig!“ Den Film könne man nicht als unzüchtig bezeichnen. Kriminalkommissar von Behr, Leiter der Abteilung IIIa des Polizeipräsidiums, war seinerzeit mit den Ermittlungen über das Ballett Cella de Rhendi betraut und hat, wie er bezeugte, damals keinen Zweifel gehabt, daß einzelne Tänze unbedingt als unzüchtig zu betrachten waren. Auf Fragen des Verteidigers R.-M. Treitel gibt der Zeuge zu, daß er bestimmte Privatpersonen und Vertreter bestimmter Vereine auf von ihm gekaufte Billets zum Besuch von Vorstellungen geschickt habe. Die Belastungszeugen der Staatsanwaltschaft seien jedoch nicht darunter. Bei der Aufführung im „Schwarzen Kater“ habe er die Ballettvorführung höchst degoutant gefunden. Das Publikum habe vor Vergnügen gelacht. Man sah den Leuten deutlich an, daß sie sinnlich erregt waren. „Der Geifer der sinnlichen Erregung“, so fährt der Zeuge fort, „trotz ihnen förmlich aus dem Munde.“ Auf der Zeugen- und Sachverständigenbank ertönte bei dieser Äußerung des Zeugen ein lautes Hohngelächter, welches Landgerichtsdirektor Jeep zu einer ersten Rüge veranlaßt.

Präsident Riedel von der Deutschen Bühnengenossenschaft hat die Langvorführungen sehr langweilig gefunden und sei sogar schließlich lang eingenickt. Er habe von der Vorführung nicht den Eindruck einer wirklich künstlerischen Leistung gehabt. Als Sachverständiger habe er hier nicht zu entscheiden, so fährt Präsident Riedel fort, ob Cella de Rhendi eine gute oder eine schlechte Tänzerin ist; sie hat den Versuch gemacht, etwas Künstlerisches zu schaffen, aber von einer Tendenz, unzüchtig zu sein, habe er nichts gemerkt. — Auf eine Frage des Staatsanwaltschaftsrats Höfer bezüglich des Bauchtanzes erklärt Sachverständiger noch, daß der Bauchtanz an sich sinnlich wirke, aber jede Kunst komme aus dem Sinnlichen und soll und muß auch auf die Sinne wirken. Richtig äußert sich der Sachverständige Erzengel Baron von Buttlar, der ebenfalls eine künstlerische Absicht nicht verkennt.

## Die Akten in Sachen Franz.

### Aufdeckung eines geheimnisvollen Diebstahls.

Wie erinnerlich, erregte die im Dezember 1920 erfolgte Verhaftung des Ingenieurs Franz und seiner Ehefrau wegen angeblich schwerer städtischer Verfehlungen ungeheures Aufsehen. Nachdem Frau Franz bereits im März v. J. auf freien Fuß gesetzt war, wurde Herr Franz im Oktober 1921 wegen möglicher Haftunfähigkeit aus der Haft entlassen.

Nach einiger Zeit machte sich ein gewisser Senger an ihn heran, der sich erbot, ihn die Akten des gegen ihn schwebenden Strafverfahrens gegen Zahlung von 250 000 M. zu beschaffen. Franz ging zum Schein darauf ein. Am 10. d. M. traf er sich mit Senger. Als Franz sich überzeugt hatte, daß die ihm von Senger vorgezeigten Akten wirklich seine eigenen Akten waren, erfolgte eine sehr aufregende Szene; denn Herr Franz packte den Senger plötzlich fest, bis Senger den telephonisch herbeigerufenen Polizeibeamten übergeben werden konnte. Herr Franz hat am Mittwoch vormittag die Akten dem Staatsanwalt persönlich zurückgegeben. Die weitere Untersuchung wird hoffentlich Licht in die Angelegenheit bringen.

## Seit Wochen keine Müllbeseitigung.

Seit einigen Wochen stehen die Müllkutschen und Bekleider bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer im Streik. Seine Beendigung scheint vorerst nicht in Aussicht zu stehen. Was soll nun aber mit den auf den Straßen sich immer mehr aufstapelnden Abfallresten und sonstigem Unrat geschehen? Bei dem geringsten Windzug wird der Abfallstaub aufgewirbelt und den Passanten und Souterrainbewohnern in die geöffneten Fenster geblasen. Die Höfe und die geschlossenen Wohnungsfenster in der Nähe des Abfallhaufens starrten vor Schmutz und können selbst bei täglicher Reinigung nicht sauber gehalten werden. Dem Ungeziefer, Motten, Mäusen usw. gibt man ferner erneut die Möglichkeit, sich weiter auszubreiten.

Am öffentlichen Interesse muß dringend verlangt werden, daß die für das Gesundheitswesen Berlins verantwortlichen Männer hier schleunigst nach dem Rechten sehen, bevor sich die Angelegenheit zu einem öffentlichen Skandal auswächst.

## Volksfamilienbad in der Schwimmhalle.

Die Schwimmhalle in der Badeanstalt Bärwaldstraße ist bereits seit Monaten jeden Abend für Vereinschwimmen — zum Teil für beide Geschlechter — eingerichtet. Es hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, auch weiteren Kreisen der Bevölkerung die Möglichkeit eines Familienbades zu verschaffen. Zu diesem Zweck hat sich ein Volksfamilienbad gebildet, der nunmehr für jeden Mann die Schwimmhalle an jedem Donnerstag von 12—7 Uhr zum üblichen Badepreise zur Verfügung stellt. Es sind alle Einrichtungen getroffen, um irgendwelchen unliebsamen Vorkommnissen zu begegnen. Anmeldungen zur Mitgliedschaft können bei der Kassiererin in der Volksbadeanstalt, Bärwaldstr. 64, erfolgen.

Diese Neueinrichtung, die die sommerlichen Badegepflogenheiten auch auf die geschlossene Schwimmhalle überträgt, ist durchaus zu begrüßen, und wie wir unsere Berliner kennen, werden sie, allen Modern zum Trost, schon dafür sorgen, daß sich keine unliebsamen „Vorkommnisse“ ereignen.

## Komplizierter Selbstmord.

Ein eigenartiger Leichenfund beschäftigte gestern die Kriminalpolizei in Stettin. Dort fand man an der Rikinerbrücke einen unbekannt, älteren Mann an einem Fuße erhängt, mit dem Kopf nach unten tot auf. Er hatte sich auch noch zwei schwere Danteln um die Brust gebunden. An der rechten Stirnseite hat er eine Verletzung, die von einem Stuhl herzuführen scheint. Der Mann hat sich nach den Feststellungen ohne Zweifel selbst das Leben genommen. Er hat sich mit den Danteln beladert, um auf alle Fälle im Wasser unterzugehen, sich dann am Fuße festgebunden und endlich einen Stuhl beinahebracht, um ins Wasser zu fallen.

Eine Eisenbahnstragdie mit tödlichem Ausgang spielte sich gestern vormittag im Hause Berliner Allee 83 zu Weiskens ab. Dort wohnt der Schlächtermeister Wengler mit seiner 39 Jahre alten Ehefrau Auguste und seinem 15jährigen Sohn. W. war sehr eifersüchtig auf seine Frau. Als diese von einem Ausgange seiner Meinung noch auffallend spät zurückkam, machte er ihr Vorwürfe. Es kam zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf Wengler ein Messer ergriff und es der Frau in die Brust stieß. Als er sah, was er angerichtet hatte, schaffte er selbst seine Frau nach dem Krankenhaus. Da das Messer die Lunge durchdrungen hatte, war eine Rettung nicht mehr möglich und Frau Wengler verstarb nach zwei Stunden. W. wurde verhaftet.

Von der Seidenzucht zum Brennholz. Die vom Allen Frey zur Hebung der Seidenzucht seinerzeit angelegte Maulbeerbaum-pflanzung am Südbahange der Göber Berge bei Potsdam ist jetzt der Abholzung verfallen. Nachdem die Maulbeerbaumplantagen ihrem Zwecke entzogen waren, verkümmerten sie. Die Bäume vermoderten und jetzt werden sie auf Befehl der Gemeindevorsteher als Brennholz an die Einwohner versteigert. Dabei brachten je fünf Bäume durchschnittlich 50 M.

# Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fische knapp, Geschäft rego. Fleisch über Bedarf, Geschäft ziemlich lebhaft. Gemüse und Obst schwach, Geschäft ruhig.

Am gestrigen Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Meichte wurden mit 22 M. gehandelt, Biere mit 11 und 12 M., Pfützen mit 8—10 M. das Pfund. Aale stehen im Preise hoch, sie wurden mit 25, 35 und 45 M. pro Pfund angeboten. Stinte kosteten 5 M. Schleibücklinge standen mit 7 M. das halbe Pfund ausgezeichnet, während Kieler Sprotten zwischen 3,50 M. und 6 M. das Viertelpfund schwankten. — Rindfleisch hatte seinen Preis nicht verändert, es kostete gestern 20 M. Kalbfleisch stand dem gleich. Hammelfleisch forderte wieder 17 M. Schweinefleisch blieb im Preise fest mit 22 M. Kalbskeule kam 16 M. und Schmalz 24 M. Schabefleisch 20 M. Gänsefleisch schwankte zwischen 23 und 26 M. Puten wurden mit 25 M. angeboten. Mäher kaufte man mit 22—23 M. das Pfund. — Hasen hatten sich im Preise ebenfalls nicht verändert. 11 M. kostete gestern das Pfund. Einen mittleren Hasen erstand man für 75 M. — Eier bleiben fest im Preise, sie kosten noch immer 4,50 M. das Stück. — Erbsen, Bohnen, Nudeln und Reis haben sich gegenüber der gestrigen Preislage nicht verändert. — Gute Butter wurde mit 45 M. gehandelt, Margarine mit 20, 22 und 24 M. Rübenkostete 26 und 27 M. Rindfleisch war für 21 M. zu haben. Bratfett 19 M. das Pfund. — Röhrlin 4,50 M. und 5 M. Wirsingkohl 3 M. und Weißkohl 2,50 M. Mohrrüben 1,50 M. und Kohlrüben 1 M. — Das halbe Pfund Harzer Käse kostete 7,50 M. und Tilsiter Käse 6,95 M. bis 9 M.

Erdbeben in weiter Ferne. Das Linnusobervatorium verzeichnete gestern früh zwischen 5 Uhr 2 Minuten und 6 Uhr 30 Minuten ein heftiges Erdbeben, dessen Herd in 3800 Kilometer Entfernung liegen dürfte.

Das Jugendamt des Bezirksamts Wedding teilt mit, daß Anträge zur Erlangung der Fahrpreismäßigung a) für Fahrten im Interesse der Jugendpflege, b) für Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken oder c) für Schulfahrten und Fahrten von und nach den Ferienkolonien seitens der betr. Vereine und Gruppen nicht mehr an die Hauptabteilung für Jugendpflege, Neue Friedrichstr. 80, sondern an die Abteilung für Jugendpflege des Bezirksamts Wedding, Schönfeldstr. 1, zu richten sind. Wenn gelangen die Anträge um behördliche Anerkennung von Vereinen und Gruppen als Jugendpflegevereine zur Erlangung der Fahrpreismäßigung hier zur Bearbeitung.

Die Straßenbahnstrecke in der Bouchestraße in Treptow und der Straßenbahnstrecke 21 in der Poststraße werden ab 16. Januar außer Betrieb gesetzt. Die Linien 16 und 116 werden durch die Graep, Pfeffer, Eisenstraße geführt. Die Wagen der Linie 16 verkehren ab Treptow, Eisenstraße, von 6.30, ab Treptow, Rathaus, von 6.14 ab viertelstündlich. Letzter Wagen ab Französisch Straße bis Treptow, Rathaus 12.06, die folgenden Wagen 12.25, 12.45, 1.05 fahren bis zum Straßenbahnstrecke in der Eisenstraße.

Die Volkshochschule Grob-Berlin hat ihren Arbeitsplan für das Wintersemester Januar—März 1922 herausgegeben. Er unterrichtet über alle Berufsstände und die ihr angehörenden Arbeitsstätten, die sich auf fast alle Bezirke Grob-Berlins verteilen. Neben den Vorträgen vor größerer Öffentlichkeit ist, wie im vorigen Winterjahr, die Bildung von Arbeitsgemeinschaften in Aussicht genommen. Diese können nur eine geringe Teilnehmerzahl umfassen, weil ihre Hauptaufgabe darin besteht, jeden Teilnehmer unter Anleitung des Lehrers zu selbständiger geistiger Betätigung heranzubilden. — Für Neu-Altlin sind an Lehrstühlen vorgesehen: Die Realische Dohndir. 34/38, Städt. Hygiene 1, Berliner Straße 9/10, und das Kaiser-Friedrich-Volkshochschulamt. Oberlehrer sind zu haben im Rathaus, Zimmer 257, wochentags 10—11 Uhr; „Arbeits-Niederlage, Redakt. 8; „Vorwärts“, Niederlage, Siegelstr. 29, beide wochentags 9—4 Uhr, und im Vapiergeschäft M. Werner, Ditz. Chausseestraße 51.

Am „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht“, Goldammer Str. 150, beginnt heute 6 Uhr pünktlich mit einem Vortrage der Bundesvorstande Professor Paul Dietrich seine Vortragsreihe über „Euthanasie Schulreform“, die alle an Erziehungsfragen Interessierten in das Gebiet einführen soll. Jedermann hat Zutritt. Karten im Zentralinstitut.

# Groß-Berliner Parteinachrichten.

17. Kreis, Lichterberg, Mittwoch, den 18. Januar, abends 7½ Uhr, Sitzung der Kreisleitung und Schulinspektoren im Sitzungssaal der Schule Bärwaldstraße 10—11.

17. Kreis, Lichterberg, Donnerstag, den 19. Januar, 7 Uhr, im Sitzungssaal, Zimmer 26 des Rathauses, Besprechung mit den Lehrern. Die Kreisleitung und Kreisvorsitzende des SPD. müssen erscheinen.

## Heute, Mittwoch, den 18. Januar:

- 10. Ubr. Neukölln, 7 Uhr bei Wolf, Kaiser-Friedrich, Ecke Solingenstraße, Sitzung des Abteilungsverbandes, Abrechnung der Bezirkskassierer und Sitzung aller Funktionäre der Abteilung und Bezirks.
- 11. Ubr. Lichterberg, 7¼ Uhr Sitzung der Parteifunktionäre, Bezirksvorsitzende und Kreisleitung der SPD, im Sitzungssaal der Schule Bärwaldstraße 10—11.
- 12. Ubr. Reinickendorf-OP, 7¼ Uhr Jugendhilfe, Erwerb, Arbeitsnachh. 149, außerordentliche Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung: Erwerb, Arbeitsnachh. des Bezirks.
- 13. Ubr. Jungfernstieg, Arbeitsnachh. Die für heute Abend anderweitige Sitzung findet erst am Freitag, 7 Uhr pünktlich, in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 8, statt.

## Morgen, Donnerstag, den 19. Januar:

- 10. Ubr. 7 Uhr bei Burg, Preussener Allee 199, Sitzung der Parteifunktionäre.
- 11. Ubr. 7 Uhr Funktionärenkonferenz bei Grünau, Städt. Heimer Str. 30. Die Funktionären sind auch eingeladen.
- 12. Ubr. 7¼ Uhr Sitzung der Parteifunktionäre und Betriebsvorsitzenden bei Grünau, Preussener Allee 199.
- 13. Ubr. Neukölln, 7 Uhr Mitgliederversammlung im „Gedächtnis“, Kaiser-Friedrich-Str. 66. Thema: „Steuervergünst.“ Ref. Watschke. Wahl des Abteilungsleiters.
- 14. Ubr. Grünau, 8 Uhr bei Werner, Köpenicker Str. 106, Mitgliederversammlung. Thema: „Kulturvergehen des Partei.“ Ref. Kurt Ritzmann.
- 15. Ubr. Wilmersdorf, 7 Uhr Jahreshand bei Alt, Bärwaldstr. Thema: „Was wollen die Jungfernstiegler?“ Ref. Kurt Wagner.
- 16. Ubr. Reinickendorf, 7¼ Uhr bei O. Heile, Wile Vlantage 1, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Kreisleitungswahlen am 12. Februar, Parteiangelegenheiten. Erscheinen oder notornen!

## Frauenveranstaltungen:

Charlottenburg, 10. Ubr. 7¼ Uhr bei Frau, Wilmersdorf, 1. Vortrag der Oberlehrerin Ottmann. — 11. Ubr. 8 Uhr Seltener Frauenabend bei Stein, Gollauer Str. 30.

## Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, SPD, 68. Lindenstr. 3, 2. Hof, 3. Exp. Telefon Nr. 121 08.

## Heute, Mittwoch, den 18. Januar:

Wilmersdorf, Jugendheim Gemeindekirche Dohndirstraße, Vortrag: „Wie und was soll man leben?“ — Grünau, Preussener Allee, Jugendheim Gemeindekirche Dohndirstraße, 6. Vortrag: „Der Wert des Volkstanzes.“ — Tempelhof, Jugendheim Dohndirstraße, 3—4, Vortrag: „Was ist Bildung?“ — Wilmersdorf, Jugendheim Dohndirstraße, 141, Vortrag: „Die Entfaltung des Kapitalismus.“

Am Freitag, den 20. Januar, findet im Bürgerlokal des Rathauses eine Besprechung mit dem Thema: „Die Berlinerinnen als Trägerinnen des Friedensgebens.“ statt. Referentinnen: Gertrude Wolke-Schub, alle Entscheidungen müssen sich selbständig an der Besprechung beteiligen.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Wir verweisen im Interesse der heutigen Nummer auf die Geschäftsanzeige zum Jahresabschluss der Firma Erdmann u. Slagter, Berlin-Schöneberg, Bärwaldstraße, Ecke Tempelhofer Straße.

Weiterbericht bis Donnerstag mittag. Ziemlich mild, nordwärts abnehmend, dann wieder härter bewölkt mit Niederschlägen und fischen Schwereföhen bis nachmittags.

# Wirtschaft

## Die tschechoslowakische Valuta.

Die tschechoslowakische Krone, welche lange einen ziemlich geringen Kurs aufwies, wurde in der letzten Zeit von einer Aufwärtsbewegung ergriffen. Während sie am 1. Dezember 1921 in Zürich 5,60 notierte, war ihr Kurs am 9. Januar 1922 bereits 8,50. In den letzten Tagen hat sich dieser Kurs etwas abgeschwächt und beträgt jetzt 8,30, doch man nimmt an, daß dies nur vorübergehend ist, ja man rechnet damit, daß sich die Krone in Zürich bald zwischen 10 und 12 bewegen wird.

Diese neue Wertung der tschechischen Krone auf dem internationalen Geldmarkt ist nicht nur von wirtschaftlicher, sondern auch von politischer Bedeutung für die Tschechoslowakei und ihre Nachbarstaaten. Wirtschaftlich bedeutet sie eine innere Konsolidierung des Staates, politisch die gleichzeitige Festigung seiner Stellung in der internationalen Weltwirtschaft. Die Tschechoslowakische Republik besteht über drei Jahre und während dieser Zeit wurde ihr so oftmals ein baldiger wirtschaftlicher Ruin und politischer Untergang prophezeit. Alle diese Vorhersagen erwiesen sich als verfehlt. Während in Oesterreich bereits 200 Milliarden Kronennoten im Umlauf sind und dort täglich mehr als eine Milliarde neuer ungedeckter Banknoten hergestellt wird, unterließ es die Tschechoslowakei bisher, trotzdem sie sich oft in nicht geringen finanziellen Nöten befand, zur Notenpresse Zuflucht zu nehmen. Der Notenumlauf in der Tschechoslowakei beträgt jetzt 12 Milliarden tschechoslowakischer Kronen. Die Handelsbilanz ist mit 3 Milliarden tschechoslowakischer Kronen aktiv und der Staat trägt durch Ersparnisse auch sein Budget in Ordnung zu bringen. Der Außenhandel ist teilweise schon freigegeben und die Einfuhr sowie Ausfuhrbeschränkungen werden nach und nach aufgehoben werden. Die Ueberbleibsel der Kriegswirtschaft sind fast durchweg abgeschafft, die Wirtschaftszentralen aufgelöst und der Uebergang in die Friedenswirtschaft vollzogen sich ohne Krisen.

In den ersten zwei Jahren des Bestandes der Republik war es die Kommunistengefahr, welche verschuldete, daß man im Auslande über die Zukunft der Tschechoslowakei nicht genug im klaren war. Man rechnete damals mit der Möglichkeit eines bolschewistischen Umsturzes, welcher schwere innere Wirren zur Folge gehabt hätte. Seitdem aber der Kommunismusputsch im Dezember 1920 so glücklich endete und eine Ernüchterung innerhalb der Arbeiterchaft immer merklicher zutage trat, ist eine solche Gefahr endgültig vorbei. Die vereinigte tschechisch-deutsch-magyarische Kommunistenpartei ist jetzt auf dem besten Wege, sich in eine radikal-sozialistische Partei umzugestalten, welche auch den Kommunismus bald abstreifen wird.

Die andere Gefahr — die der Habsburger — ist auch schon (hoffentlich für immer) beseitigt, und es wird den Horthymagnaren in absehbarer Zeit kaum mehr einfallen, einen Angriff auf die Slowakei wagen zu wollen. Der Vertrag von Tana zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich hat das meiste zur Beseitigung der Anschauungen des Auslandes über die Tschechoslowakei beigetragen. Man sieht dort jetzt ein, daß die Nachbarstaaten keinen mitteleuropäischen Balkan bilden wollen, sondern befreit sind, an ihrem wirtschaftlichen Aufbau gemeinsam zu arbeiten. Schließlich nahmen in letzter Zeit auch die nationalen Kämpfe in der Tschechoslowakei doch ein wenig ab, da die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen die Tschechen und Deutschen einander nähergebracht haben.

Die tschechoslowakische Krone hielt lange gleichen Schritt mit der Kursbewegung der deutschen Mark. Jetzt löste sie sich vollständig von der Mark los und ist unabhängig von dem Stande der deutschen Währung. Dies bedeutet nicht, daß sich die tschechische Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland geändert hätte, sondern es ist dies eine internationale Anerkennung der valutarischen Unabhängigkeit der Tschechoslowakei von ihren Nachbarstaaten.

Vorausgesetzt, daß kein Rückschlag aus irgendwelchen unvorhergesehenen politischen Gründen eintritt und der Wert der Krone sich tatsächlich stabilisiert, wird der Aufstieg der tschechischen Valuta einen unumgänglich notwendigen Preissturz aller Waren verursachen. Die Lebensmittelpreise, sowie die Preise der Industrieerzeugnisse sind in der Tschechoslowakei auf einer unbedeutenden Höhe angelangt, so daß man tatsächlich von einer Teuerung im Vergleich zu den Verhältnissen in den Nachbarstaaten sprechen kann. Wenn man den Reichtum der Tschechoslowakei an Bodenprodukten, Vieh, Rohstoffen usw. berücksichtigt sowie die guten Verkehrsmittel und die hochentwickelte Industrie ins Auge faßt, scheinen die hiesigen Preise unerklärlich hoch. Diese unnatürlich hinaufgeschraubten Preise müssen heruntergehen, die hohen Gewinne der Agrarier, Industriellen und Kaufleute müssen auf ihre berechtigten Maß herabgedrückt werden. Erst dann, wenn diese Teuerung behoben würde, könnte unter Umständen an einen Abbau der Arbeiterlöhne gedacht werden, jedoch nicht früher. Dies sind, trotzdem die bürgerliche Presse aus begreiflichen Gründen das Gegenteil behauptet, recht karglich. Die Kapitalisten fordern jedoch die sofortige Herabsetzung der Arbeiterlöhne und schämen vor, erst dann mit den Preisen heruntergehen zu können, wenn die Produktionskosten ermäßigt werden. Dieses unaufrichtige Vorgehen wird voraussichtlich große soziale Kämpfe im Frühjahr zur Folge haben.

Das Steigen des Kronenkurses, welches die Einfuhr von Waren in günstiger Weise beeinträchtigt, könnte jedoch andererseits den Export nach dem Auslande schädigen. Da wird es eben Aufgabe der Regierung sein, auch die Exporteure dazu zu zwingen, den Preis ihrer für die Ausfuhr bestimmten Waren niedriger zu stellen, um gegenüber den anderen Staaten konkurrenzfähig zu bleiben.

Schließlich ist auch nicht zu leugnen, daß der Aufstieg des Kurses der tschechischen Krone auf dem internationalen Spekulationsmarkt, welche sich ihrer als eines Spielobjektes bemächtigte, mitverantwortlich wurde. Diese Spekulanten beginnen jetzt einzusehen, daß sie früher die tschechische Valuta zu niedrig bewertet haben, rechnen mit einem großen wirtschaftlichen Aufschwung der Tschechoslowakei und hoffen, daß sich ihre Spekulation deshalb lohnen wird. Dagegen sind die inländischen Spekulanten, welche insbesondere zur Zeit der Mobilisierung viele fremde Zahlungsmittel gehorlicht haben, sehr niedergeschlagen und eine Panik brach sogar dieser Tage an der Produktbörsen aus, da die Wehlpreise infolge des Steigens der tschechischen Krone heruntergehen.

Rudolf Siley, Prag.

Aus der Baumwollindustrie. Nach Berichten von interessierter Seite betrug die Zahl der im Januar 1921 laufenden deutschen Baumwollspinnereien 70 Proz. Ende des Jahres dagegen fast 85 Proz. Auch in der Baumwollweberei, die nicht so gut abschnitt, brachte das letzte Jahr einen Aufschwung. Am Anfang des Jahres waren etwa die Hälfte, gegen Ende drei Viertel der Webstühle beschäftigt. Die Einfuhr an Rohbaumwolle über Bremen, den wichtigsten Berladepfad, betrug im letzten Jahre 1 526 150 Ballen gegen 682 702 Ballen im Jahre 1920. Man ist sich in Interessentkreisen darüber klar, daß die Konjunktur des letzten Jahres durch den Marktsturz hervorgerufen war und sieht deshalb der Zukunft mit lebhafter Sorge entgegen.





## Kathenau im Reichstagsauschuß.

Dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, der sich heute versammelt, wird Dr. Kathenau über die Verhandlungen von Cannes berichtet; der Reichskanzler wird über die politische Lage sprechen.

## 1000 Teilnehmer an der Genua-Konferenz!

London, 17. Januar. (W.B.) Wie gemeldet wird, werden außer den Vereinigten Staaten alle Nationen Europas, etwa 25 an der Zahl, zur Teilnahme an der europäischen Wirtschaftskonferenz, die am 8. März in Genua beginnt, eingeladen. Lloyd George wird an der Konferenz teilnehmen, und man erwartet, daß er etwa zwei Wochen von England abwesend sein wird. Seine Ratgeber in Wirtschaftsfragen werden sein: Sir Robert Horne, Sir Cecil Blakett und eine Anzahl von Vertretern des britischen Schatzamtes. Angenommen, daß die Delegationen und die Sekretariate jeder Nation durchschnittlich 40 Personen umfassen, werden an der Konferenz von Genua etwa 1000 Personen beteiligt sein. Die Konferenz wird daher wahrscheinlich die größte bisher abgehaltene Zusammenkunft dieser Art sein. Wie verlautet, haben bereits die meisten der eingeladenen Länder ihre Annahme mitgeteilt; es steht noch dahin, ob die britischen Dominions auf der Konferenz vertreten sein werden. Laut „Press Association“ sollen sie geladen werden, wenn sie den Wunsch ausdrücken, auf der Konferenz vertreten zu sein.

## Nicht Genua, sondern Rom?

Paris, 17. Januar. (W.B.) Die französische Regierung hat die Einladung der italienischen Regierung für die Konferenz in Genua heute erhalten. In hiesigen politischen Kreisen ist die Rede davon, daß die Konferenz wahrscheinlich in Rom stattfinden werde, da Genua über zu wenig geräumige Hotels verfügt.

## Sowjetrusslands Wünsche für Genua.

Kopenhagen, 17. Januar. (W.B.) Die der „Berlingske Tidende“ aus Helsingfors telegraphiert wird, wünscht die Sowjetregierung bei der Wirtschaftskonferenz in Genua folgende Fragen zur Beratung zu bringen: Bezahlung der russischen Staatsschulden, Schadenersatz für Verluste infolge der Intervention fremder Mächte, Zurückgabe der russischen Handelsschiffe, die vor Denkin, Judentisch und Brangel weggenommen wurden, Regelung der ostibirischen Frage, wirtschaftlicher Wiederaufbau Russlands, Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland, Regelung der Konsulatswesen und Erörterung der Valutafrage und der Nationalitätenfragen. Die Räteregierung hat eine besondere Kommission unter der Leitung Tschitscherins ernannt, die diese Fragen im einzelnen ausarbeiten soll. Als Vertreter der Räteregierung auf der Konferenz in Genua sind Tschitscherin und Lunatscharski auszuweisen. Lenin wird unter keinen Umständen an der Konferenz teilnehmen.

## Die Scharfmacher melden sich.

Paris, 17. Januar. (W.B.) Der Abgeordnete des Nationalen Blocks Bonnet wird den Ministerpräsidenten über die Durchführung der Resolutionen interpellieren, die der Interpellationsausschuß zur Begleichung der Leipsiger Kriegsschuldigenprojekte dem Obersten Rat unterbreitet hat.

## Paris, 16. Januar. (W.B.) Gouttenoire de Toury richtet im „Journal du Peuple“ einen offenen Brief an den Vorsitzenden der Liga für die Menschenrechte. Er fordert ihn auf, unverzüglich die große Macht, die die Liga darstellt, zu einer energischen Protestaktion gegen die Anwendung des Artikels 228 gegen die Kriegsschuldigen einzusetzen.

## Frankösischer Ministerrat.

Paris, 17. Jan. (G.E.) Der französische Ministerrat trat heute unter dem Vorsitz Millerands nach der Neubildung des Kabinetts zum erstenmal zusammen. Der Ministerpräsident Poincaré besprach zunächst die auswärtige Lage und berichtete über seine Unterhaltungen mit Lloyd George und Lord Curzon.

schloß einen Vergleich der Wassermann-Reaktion nach den verschiedenen Methoden, wobei bestimmte Kontrollmaßnahmen empfohlen wurden. Der Leiter des englischen Gesundheitsamtes, Alfred Mond, bricht bei dem Festmahle keine Bemerkung darüber aus, daß auch Vertreter der nicht dem Völkerbund angehörenden Völker auf dem Kongress anwesend seien. Der Kongress soll sich nach einem halben Jahr wieder im Pasteur-Institut in Paris versammeln.

**Städtische Kunstpflege.** Nach der Neuwahl der Berliner Stadtverordnetenversammlung fand Dienstag die erste Sitzung der Deputation für Kunst und Bildungswesen statt. Zur architektonischen Gestaltung der über den Kupfergraben nach dem Forum des Reichstags Museumsneubaus führenden und auf städtische Kosten herzustellenden Brücke empfiehlt die Deputation, die Brücken nach dem vorgelegten Entwurf zugleich mit der anstehenden Halle des Forums zur Ausführung zu bringen. Für die demnächst in der Akademie der Künste stattfindende Ausstellung bewilligte die Deputation einen Zuschuß von 30.000 M.

**„Zur Produktionschule!“** Von diesem Sammelheft Paul Destréchs, das im vorigen Jahre in allen an Schulreform interessierten Kreisen Beachtung fand, ist soeben ein Verlagswerk erschienen, das die zweite Auflage enthält. Zu den alten Beiträgern bekannter Sozialisten wie Kaweranz, Hilfer, Kluge, Bogler, Kranold, Müllow, Siemens, Müller-Destreich, Witter, Rotten, Heyn, Goetz sind eine Reihe neuer Aufsätze, unter denen besonders der von Olga Uffig über die Berufsschule hervorgehoben sei, hinzuzutreten. Die Schrift wird dadurch noch anregender und aufschlußreicher.

**Eine neue medizinische Zeitschrift** beginnt in Berlin zu existieren. Der Verlag Julius Springer hat die alten therapeutischen Halbmonatshefte und die „Berl. klin. Wochenchrift“ miteinander zur „Klinischen Wochenchrift“ verschmolzen. Ramhoffs Kliniker zeichnen als Redakteure, bedeutende Forscher aller Gebiete leiten die Referate der verschiedensten Disziplinen. Neben der „Medizinischen Klinik“ (die jetzt die Sitzungsberichte der berühmten Medizinischen Gesellschaft übernimmt) und der „Deutschen Med. Wochenchrift“ wird das neue Blatt nun die wissenschaftlich-praktischen Interessen der praktischen Ärzte Berlins vertreten. Der Verlag Springer, der an Rührigkeit schier Unmögliches leistet, hat schon in fast allen Spezialgebieten (Mikrologie, Frauenheilkunde, Chirurgie, Innere Medizin usw.) sogenannte Zentral-Blätter, fachwissenschaftliche Organe, welche Original-Artikel und, in vorbildlicher Vollständigkeit, Referate bringen. Die „Klinische Wochenchrift“ ist das erste nicht-„vegetabilisierte“ Blatt des Verlags. Eine Vertrustung der medizinischen Publizistik bahnt sich an.

**Schilfbildübertragung.** Am Kleinen Schauspielhaus wird Mittwoch in Abänderung des Spielplans „Schilfbild“ gegeben.

**Der Reichsbund Teutur** der Auslandsdeutschen veranstaltet Freitag seine dritte Tagung in der akademischen Gesellschaft für Bildungswissenschaften in Charlottenburg. Beraten wird u. a. die Reorganisation der staatlichen Rundfunkanstalt.

**Russisches Nadium.** Die Moskauer Akademie der Wissenschaften hat eine wertvolle Nachricht erhalten. Nach länger und mühsamer Arbeit sind im Dezember die ersten russischen Nadiumpräparate aus dem Bergwerk hergestellt worden.

**Das technische Personal der Meinhard-Bernauer-Wädhnen** verankert am Donnerstag in der Brauerlei Königsplatz ein Jahresfest unter Mitwirkung zahlreicher Gäste.

Der Finanzminister De Basteorie gab ein Gesamtbild der Finanzlage Frankreichs und teilte mit, daß er der Kammer demnächst den Haushalt für 1923 vorlegen werde. Der Ministerpräsident erklärte sich mit der Vertretung des Kolonialministers Sarraut durch den Handelsminister Dior einverstanden.

In dem am Donnerstag stattfindenden Ministerrat soll die Regierungserklärung besprochen werden, die in der Kammer am gleichen Tage verlesen werden wird.

## Paléologue als Nachfolger Verthelots.

Paris, 16. Januar. (W.B.) „Deux“ bezeichnet unter Reserve das Gerücht, Poincaré beabsichtige, Paléologue zum Generalsekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

Paléologue, früherer Botschafter Frankreichs in Petersburg, ist ein Intimus Poincarés und der Schöpfer jener reaktionären Politik, die durch die Unterstützung der rheinischen Separatisten, der bayerischen Monarchisten, der österreichischen Karlisten und der horthy'schen Regierung angeht. In Wirklichkeit die demokratisch-sozialistische Entwicklung in den zentral-europäischen Republiken am wirksamsten zu bekämpfen glaubte, von der die kapitalistische Bourgeoisie Frankreichs unangenehme Rückwirkungen auf das eigene Volk befürchtet.

## Poincarés außenpolitische Grundzüge.

Paris, 16. Januar. (W.B.) „Le Temps“ faßt im Hinblick auf die Unterredung, die zwischen Poincaré und Lloyd George stattgefunden hat, die politische Lage wie folgt zusammen:

1. Welt entfernt, den gemeinsamen Sieg der Alliierten zu verleugnen, verfolge die englische Regierung den Zweck, die nach dem Siege unterzeichneten Verträge auszuführen.
  2. Das französisch-englische Abkommen erscheine ihr wie die Grundlage jeder Politik zur Wahrung des europäischen Friedens.
  3. Der Kongreß von Genua könne für die Entwicklung einer solchen Politik die größte Bedeutung haben.
  4. Frankreich werde seinen eigenen Interessen am besten dienen, wenn es großmütige Gedanken in die Welt setze, sie verteidige und sich ihnen anpasse.
- Alles sehr schön und gut. Es fragt sich nur, ob es denn unbedingt nötig war, um diese durchaus einwandfreien politischen Grundzüge aufzustellen, Briand zu stürzen, die Konferenz von Cannes zu sprengen und ein Ministerium Poincaré zu bilden, von dem man eigentlich annehmen müßte, daß es zumindest versuchen würde, eine andere Politik als die seines Vorgängers zu verfolgen.

## Enthüllungen Wilsons.

Malland, 17. Januar. (G.B.) Der „Corriere della Sera“ bringt in einem Bericht aus Washington lange Auszüge aus dem soeben erschienenen dritten Teil der Geheimdokumente des früheren Präsidenten Wilson, der in Amerika unter dem Titel „Die Furcht Frankreichs“ die Welt bewaffnet“ durch den Freund Wilsons Baker veröffentlicht wurde. Drei Friedensvertragsentwürfe, die bei den Friedensverhandlungen in Paris 1919 zur Diskussion standen, werden darin wiedergegeben. Ein militärischer von Foch, ein diplomatischer von Bourgeois und ein wirtschaftlicher von Loucheur. Foch verlangte die Rheinflanke als „für den demokratischen Völkerbund notwendige Sicherheitsbarriere“ und schlägt vor, die Linie mit einem stehenden internationalen Heer zu besetzen. Bourgeois schlug einen militärischen Völkerbund unter dem Befehl eines Generalstabes vor, da die Liga ein Werkzeug zur Beherrschung Deutschlands werden solle. Loucheur unterbreitete einen Plan, um nicht nur Deutschlands Abrüstung zu kontrollieren, sondern auch die deutsche Industrieproduktion zu vermindern, daß sie wieder zu Kriegsrüstungen eingerichtet werden könne. Er verlangte daher die Besetzung von Essen und eines Teiles von Westfalen und des Saargebietes nebst Zuteilung Oberschlesiens an Polen, um den industriellen Verfall Deutschlands endgültig zu verhängen.

Während der monatelangen Abwesenheit Wilsons von Paris machte Clemenceau verzweifelte Anstrengungen, um die Kontrolle in einigen deutschen Industrien und vor allem der chemischen Industrie durchzusetzen. Der Widerstand Lloyd Georges und nachher Wilsons brachte diesen Plan wirtschaftlicher Unterdrückung zum Scheitern. Es war jedoch nicht möglich, das von den verhängnisvollen Illusionen seiner Politik verblendete Frankreich von seinen finanziellen Forderungen abzubringen. In der Geheimhaltung des Viererbundes am 17. Februar 1919 beschloß Wilson das Programm Loucheurs als ein Programm der Paule. Alle Anstrengungen waren vergeblich, Clemenceau wenigstens zum Verzicht auf die Erhaltung eines Heeres am Rhein zu bewegen, dessen Unterhaltungskosten die Wiedergutmachung stark verminderten, und das in keinem Verhältnis stand zu dem auf 100.000 Mann herabgesetzten deutschen Heer. Im allgemeinen Verlaufe der Friedensverhandlungen, bemerkt Baker, daß nur die Franzosen und die Japaner greifbare Pläne hatten, die Engländer schienen unvorbereitet, während die Italiener selbst in vertraulichen Besprechungen unter sich uneinig waren.

## Englische Konservative gegen Neuwahlen.

London, 17. Januar. (Reuter.) Der Rekonstruktionsausschuß der unionistischen Partei schloß heute mit 73 gegen eine Stimme eine Anschließung, die sich gegen allgemeine Wahlen ausspricht, solange das von der Regierung im Oberhause abgegebene Reformversprechen zur Einführung strenger Sparmaßnahmen und zur Wiederherstellung des Handels noch nicht erfolgt sei. Inzwischen verlautet, daß Lloyd George in der ersten Kabinettsitzung nach seiner Rückkehr nach London beschlossen hat, die für Februar in Aussicht genommenen Wahlen auf den Spätsommer zu verschieben.

## Die oberschlesischen Verhandlungen.

Katowitz, 17. Januar. (G.E.) Die beiden oberschlesischen Delegationen beraten kurzzeitig über die Kompetenzen der Gemischten Kommission in Bezug auf die Differenzen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung. Einleitend ist ferner die Frage ob die Kommission auch für die Fragen des Wiederaufbaus von Gebäuden zuständig sei und wie das Verhältnis der Kommission zum Eisenbahnbauwerk gestaltet werden solle, welches ebenfalls unter dem Vorsitz einer vom Völkerbund ernannten Persönlichkeit stehen wird. Alle diese Fragen sollen unter möglichst geringer Einmischung der Souveränität Deutschlands und Polens gelöst werden. Außerdem wird die Kompetenzfrage des von den Alliierten eingesetzten Schiedsgerichtshofes geprüft.

Dem verdammten kanischen Botschafter in Berlin, Herrn A. D. Goughon, ist das „Agreement“ der Reichsregierung erteilt.

Das deutsch-dänische Abkommen über die Ueberleitung der Reichspflanze im nordschlesischen Abrennungsgelände ist in Kopenhagen ratifiziert worden.

## Tagung der Zeitungsverleger.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hatte zu einem gefestigten Abend am 17. Januar in den Räumen der Deutschen Gesellschaft in Berlin die Spitzen der Behörden und Parlamente eingeladen. Unter anderem sprach der Vizepräsident der Reichsregierung, General Bauer. Er betonte den notwendigen Zusammenhang und Zusammenhalt einer gut geleiteten und gut fundierten Presse mit der Staatsverwaltung in einem demokratischen Staatswesen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet die Regierung die Notlage der Presse als ihre eigene Notlage, als eine Notlage des gesamten Landes. Die Presse habe zwei Seelen, eine ideale und geistige und eine wirtschaftliche; aller Idealismus leide aber Schiffbruch, wenn bittere Not die idealen Aufgaben unmöglich mache. (Sehr richtig!) Ueber die Aenderung der Notlage Schweden Verhandlungen, die hoffentlich zu einem günstigen Ergebnis kommen und die Existenz der Presse sichern würden. Die Notlage unseres Volkes, mit der die Notlage der Presse zusammenhänge, habe ihre außenpolitischen Ursachen, die Presse könne die Regierung in den außenpolitischen Kämpfen wesentlich unterstützen und somit zur nationalen Wiederherstellung beitragen. Wenn die Presse den Gedanken der nationalen Einheit und der nationalen Selbstständigkeit dem Volke immer wieder ins Gedächtnis rufe, können wir zuversichtlich einer besseren Zukunft entgegensehen. (Beifälliger Beifall.)

## Wirth zur politischen Lage.

(Schluß von der 1. Seite.)

In Gegenüber über die Frage der Steuern und ihrer Verteilung fehlt es in unseren Reihen auch nicht, aber die parteipolitische Befähigung zeigt sich darin, daß wir das Kompromiß zustandebringen werden. Ich hoffe, es kommt zustande, das Kompromiß, das beiderseits, bei Besitzenden und Nichtbesitzenden, als ein anständiges Kompromiß angesehen werden kann. Ist es nicht möglich, dieses Kompromiß zu finden und mit der Mehrheitssozialdemokratie zu dem Kompromiß zu kommen, so ist innerpolitisch unsere Politik gescheitert und Sie müssen sich nach einer neuen Regierung umsehen.

die dieses große Problem, diese Riesenaufgabe in den nächsten Wochen lösen muß. Glauben Sie aber nicht, daß mir um etwa in den nächsten Tagen darauf einzulassen, zur Verwirrung der Geister beizutragen durch eine sogenannte Regierungskrise. Nein! Sollte diese Regierung nicht instande sein, die Probleme in Verbindung mit den Parteien, die guten Willens sind, zu lösen, so ist die Regierung in offener Feldschlacht im Plenum des Reichstages zu stürzen. Intransigententum gestern und heute wird das deutsche Volk nicht ins Freie führen, sondern was es ins Freie führen kann, das ist aufrichtige ehrliche Arbeit auf allen Plätzen. (Beifall.) Finden sich Leute, die bereit sind zur Uebernahme der Verantwortung, die Besseres leisten, die sich mehr anstrengen als wir, nun, dann ist für das Zentrum die Zeit gekommen, parteipolitisch und persönlich einmal etwas auszurufen. Aber nicht, um in prinzipielle Opposition zu treten. In einem Volksstaat in eine prinzipielle Opposition treten zu wollen, ist ein Widerspruch in sich. Gehen wir einmal in die Opposition — ich könnte mir denken, daß Wirrwirle in der Welt herumlaufen, die meinen, wir könnten zu den sozialen und politischen Gegenständen auch noch einen Kulturkampf brauchen — dann heißt für uns Opposition machen nicht, den Staat und die Regierung um jeden politischen Kredit bringen. (Zusimmung.) Dann heißt Opposition nicht, den Wagen des Reiches überhaupt nicht mehr vorwärts kommen zu lassen, nicht drauhen herumlaufen, um insbesondere die Bandwirte gegen die Regierung auszuheben, als ob man nur den Besatz holt, um ihn durch links vernichten zu lassen. Dann heißt Opposition nicht, die Kreise des Mittelstandes geradezu in eine verhängnisvolle Regalation dem Staate gegenüber hineinzutreiben, sondern dann heißt Opposition, die Regierung mit dem besten Willen zu bekämpfen, um möglichst schnell in die Regierung hineinzukommen, um es besser zu machen. (Stürmischer Beifall.)

Das sind die Gedankenansätze, die wir Ihnen hier vorgetragen. Es sind keine anderen, als die Ideen des großen verstorbenen Zentrumsführers. Gewiß, die uns umgebende Welt ist eine andere geworden. Der Staat ist ein anderer geworden, es ist ein Volksstaat, ein demokratischer Staat. Ich weiß auch, daß Gegenstände in unseren Reihen bestehen. Es gibt in unseren Reihen Monarchisten,

## aber auch überzeugte Republikaner.

(Beifällige Zustimmung.) Hätte es Sinn, auch nur eine Minute über derartige theoretische Streitfragen sich hier auszulassen? Die Kritik von rechts und links ist mir im letzten Jahre in reichlichem Maße zugeworfen worden. Diese Kritik hat mich nicht erschüttert. Es ist sinnlos zu sagen, jetzt ist die große Entscheidung zwischen links und rechts gekommen oder wie ich vor kurzem gelesen habe, daß in der Mitte der politische Sumpf sei, während die klaren Wasser rechts und links sind. (Heiterkeit.) Wir wollen denken, die rechts liegen, das Schaulaufen auf ihren Wassern gar nicht übernehmen. (Heiterkeit.) Wenn ich aber ein Volk vor mir sehe, mit knapper Not der sozialen und staatlichen Desorganisation entronnen, ein Volk, das immer nur auf ein paar Monate Brot zur Verfügung hat, dessen Valuta von heute auf morgen geschäftliche Entscheidungen unwirksam wie ein großes Kartenhaus, dann überlegt man sich dreimal, ob jetzt die Zeit gekommen ist, ein solches Volk nach dem bekannten Schlagwort zu spalten. (Sehr richtig!) Ueberlegen es sich die Herren dringend dreimal, die insbesondere an der Spitze großer wirtschaftlicher Vereinigungen stehen, ob es möglich ist, allein von wirtschaftlichen Gesichtspunkten — das sind vielfach Interessentengruppen — ein Volk aus der größten Katastrophe, die seine Geschichte überhaupt aufweist, besseren Tagen entgegenzuführen. Es gibt Stunden, wo einer, der an der Spitze steht, auch etwa über das Zentrum hinweggehen müßte. Ich habe nach der ungeraden oberhalbigen Entscheidung den oberhalbigen Parteifreunden wiederholt erklärt: Sie haben vor sich nicht nur den Kanzler der Zentrumsparlei. Ich habe damals den Weg für richtig gehalten, den wir ja gegangen sind. Ich wäre ihn auch dann gegangen, wenn die Zentrumsmehrheit mir ihr volles Vertrauen nicht geschenkt hätte. Es ist ein Weg der Pflicht, ein Weg der ausschließlichen Pflichterfüllung. Sie haben aus berufenem Munde gehört, daß in den kritischen Stunden des Reiches gerade die Zentrumsparlei bei der Verfassung steht. Es wäre eine böse Zeit, wenn wir herumlaufen wollten mit dem Trümentüchlein vor Augen und uns in der Politik so gebärden wollten, als wäre alles verloren. Nein, es ist nicht alles verloren, aber eine Nation, die sich selbst aufgibt, die ist verloren. (Beifälliger Beifall und Handklatschen.) Es ist nicht gut, wenn in unseren Reihen das Schlagwort: die Unitarismus, hier Föderalismus ausgekämpft werden soll. Wir wollen hier die Praxis reden lassen, und es ist notwendig, das ist ganz klar, daß im Zeitalter der Katastrophe die Kräfte mehr zusammengefaßt werden müssen. Daß da die Länder auch Opfer bringen müssen, das ist ganz klar. Ueber alles geht der Dienst am Vaterland und dieser Dienst am deutschen Vaterland und Volk, die Arbeit an seiner Freiheit das ist für uns Gottesdienst, das ist Christentum, das ist die große Liebe, die nicht nur das eigene Volk in sich begreift, die auch im Dienste der Menschheit allen, die Menschlichkeit tragen, etwas Gutes tun will. (Beifälliger Beifall und Handklatschen.)

Bei den Wahlen zur Reichsparteikongress wurden zu Ehrenmitgliedern gewählt: Reichskanzler A. D. Fehrenbach, Abgeordneter Dr. Borck, Abgeordneter Herold und Minister A. D. Spahn; zum Vorsitzenden Abgeordneter Senatspräsident Rarg, zu Stellvertretern Abgeordnete Frau Dransfeld, Rönning, Oldauer und Stegerwald.

# Gewerkschaftsbewegung

## Versammlung der SPD-Funktionäre

Die SPD-Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute waren am Montag in den „Sophienkämern“ versammelt. Sie hörten zunächst einen Vortrag des Regierungsrats Genossen Dr. Löwe (Reichswirtschaftsministerium) über: Reparationen, Steuern, Sachwertverteilung. Er legte dar, daß die Kassen der Reparationen, für deren Erfüllung Mittel aus Lieberküssen der deutschen Wirtschaft nicht zur Verfügung ständen, bei endloser Nutzung der Rentenpresse vorwiegend auf den Schultern der Arbeiter, Angestellten, Beamten und kleinen Rentempfänger (Spätere) lägen. Mit diesem System müsse endlich gebrochen werden durch die Erlassung der Sachwerte. Das Reich muß unmittelbar beteiligt werden am Kapital und an den Erträgen der Industrie. Die Landwirtschaft wird einen bestimmten Prozentsatz der Produktion für Jahr an das Reich abliefern müssen. An die kleineren Betriebe kann man allerdings nicht auf diesem Wege heran kommen. Dafür gibt es die Gewerbesteuer und die Grundsteuer. Abgegeben davon, daß so die Ungerechtigkeit der Steuerverteilung einigermaßen weitgemacht wird, bietet die Erlassung der Sachwerte noch andere Vorteile, auf die der Redner näher einging. Die Erlassung der Sachwerte, die in den nächsten Tagen eine vorläufige und allerdings nicht genügende Regelung finden wird, ist auch geeignet, wieder an die Frage der Sozialisierung heranzutreten. Das Maß der zunehmenden Sachwertverteilung wird einst das Maß der Sozialisierung der Wirtschaft darstellen. Durch die in Kammer erwirkte Umwandlung eines erheblichen Teils der uns aufgelagerten Geldleistungen (Goldleistungen) in Sachleistungen wird der Gedanke der Erlassung der Sachwerte gestärkt. Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Folgende Resolution wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen: Die Versammlung stellt sich auf den Boden der vom KPDW aufgestellten 10 Punkte zur Steuerreform. Sie fordert die Reichstagsfraktion auf, bei der demnächst erscheinenden Veranschlagung über Steuerprogramm mit allen Mitteln die unmitttelbare Erlassung der Sachwerte durchzuführen.

Abdann beschäftigte sich die Versammlung mit den bevorstehenden Betriebsräteahlen. Zu diesem Tagesordnungspunkt lag folgende Resolution vor:

Die Versammlung fordert, daß bei der Aufstellung und Wahl der Betriebsräte nur nach freigewerkschaftlichen Grundsätzen gehandelt werden darf.

In allen Betrieben muß versucht werden, nur einheitliche freigewerkschaftliche Listen — Richtung Amsterdam — aufzustellen.

Alle kommunistischen Bestrebungen, bei den Wahlen der Betriebsräte einseitige parteipolitische Interessen zu fördern, wie die Richtlinien der „Roten Jahre“ vom 3. Dezember 1921 verratet, müssen auf das entschiedenste zurückgewiesen und bekämpft werden. Aus diesem Grunde müssen überall dort, wo die Kommunisten an ihren Richtlinien festhalten, unsere Anhänger gemeinsam mit der USP oder selbständig Gegenlisten aufstellen.

Genosse Reinknecht würdigte in einem Referat die Bedeutung der Wahlen. In der Diskussion besetzten Genosse Guillard (Sekretär der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale) und andere Redner, daß bei der Aufstellung der Listen für die Betriebsräteahlen die Zugehörigkeit zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale entscheidend sein mußte.

Die Resolution fand jedann einstimmige Annahme.

## Einheitsfront und Gewerkschaftswahlen

Der Wunsch der Arbeiter aller Richtungen, in einer einheitlichen großen Arbeiterpartei dem Gegner gegenüberzutreten zu können, dient den Kommunisten als Schlagwort, mit dem sie bei Wahlen die sozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter einzulagern suchen. Wo sie in der Minderheit sind, fordern sie die Einheitsfront, damit ihnen die anderen Richtungen Konzessionen machen, auf die sie bei der Entscheidung durch die Wahl verzichten müßten. Das ist ein töltliches Mittel, um den kommunistischen Einfluß zu vergrößern. Sind die Wahlen erst vorüber, dann kämpfen die Einheitsfrontler nicht gegen Kapitalismus und Unternehmertum, sondern gegen die Arbeitergruppen, die ihre Meinungen nicht teilen.

Die letzte Betriebsrätegeneralversammlung lieferte erneut den Beweis, daß es den Kommunisten gar nicht um eine einheitliche Arbeiterfront zu tun ist. Im Gegenteil, sie fördern jede gewerkschaftliche Tätigkeit, wenn sie damit ihrer kommunistischen Parteitagitation dienen können. Deshalb muß bei den Betriebsräteahlen streng darauf gesehen werden, daß nur solche Leute gewählt werden, die willens sind, Arbeiterpolitik zu betreiben und ernste Gewerkschaftsarbeit zu leisten.

Auch im Holzarbeiterverbande haben die Vertreter der Kommunisten die Veranstaltungen nur zur kommunistischen Parteitagitation ausgenutzt. Nur sie allein wollten die Versammlungen mit ihren Reden ausfüllen. Trotzdem die Versammlungen ihre langatmigen, bei jeder Gelegenheit vorgebrachten Wiederholungen gebührend anhörten, wurde jeder unserer Genossen durch Reden am Reden gehindert. Solche Leute, die in den Gewerkschaftsversammlungen immer als Störenfriede auftreten, dürfen nicht als Generalversammlungdelegierte und Gewerkschaftsfunktionäre gewählt werden.

Größten! Sorgt dafür, daß bei den kommenden Gewerkschafts- und Betriebsräteahlen arbeitsfähige Organisationskommissionen gebildet werden, die dem Unternehmertum als Einheitsfront gegenüberzutreten können.

## Achtung, Holzarbeiter!

Morgen sind die 48 Versammlungen, in denen die Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes sowie die Branchen- und Bezirkskommissionen gewählt und die Delegiertenlisten zur Generalversammlung aufgestellt werden. In diesen Versammlungen wird es sich entscheiden, ob die unberech-

tigt große kommunistische Vertretung in der Ortsverwaltung auch 1922 fortbestehen soll, oder ob die anderen Parteirichtungen den ihrer Bedeutung und ihrer Anhängerzahl entsprechenden Einfluß erhalten. Es darf auch nicht so weitergehen, daß ganze Branchen- und Bezirkskommissionen den Kommunisten ausgeliefert bleiben, die diese Einrichtungen zur kommunistischen Parteitagitation und Bekämpfung des Verbandes ausnutzen. In welcher Organisationsform das führt, lehrt uns die Branche der Rifenmacher, die sich jetzt vom Holzarbeiterverbande abgespalten und in einen Lokalanverein verwandelt hat.

Damit Leute gewählt werden, die vernünftige Arbeiterpolitik betreiben und praktische Gewerkschaftsarbeit leisten, müssen alle Parteigliedern morgen in die Versammlungen kommen. Die Mitgliedsbücher dürfen nicht verpfändet werden. Delegierte zur Generalversammlung müssen sich auch durch das Parteimitgliedsbuch legitimieren.

## Vergleichsvorschlag für die Metallarbeiterlöhne

Der zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten in der Berliner Metallindustrie im Reichsarbeitsministerium eingeleichte Schlichtungsausschuß hat in der Sitzung am 17. Januar 1922, an der teilgenommen haben: Dr. Schar, Oberregierungsrat, Berlin, Vorsitz, Staatssekretär a. D. Berlin, Dr. Hilbert, Ringdirektor, Berlin, als Unparteiliche, Dr. Weil, Regierungsabteilungsleiter, Berlin, Krennauer, Fabrikbesitzer, Berlin, Gasse, Fabrikdirektor, Berlin, als Arbeitgeber, Reigner, Maschinenbauer, Berlin, Müller, Transportarbeiter, Berlin, Erdem, Forner, Berlin, als Arbeitnehmer, Werner, Ministerialamtmann, Berlin, als Schriftführer, folgenden Spruch abgegeben:

Der Schlichtungsausschuß stellt in Anbetracht der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse von einem Schiedspruch ab und beschränkt sich auf folgenden Vorschlag an die Parteien:

1. Die Vorschläge des Tarifvertrages gelten als zum 31. Januar 1922 gekündigt.

2. Den Arbeitgebern wird empfohlen, allen Arbeitern und Arbeiterinnen für den Monat Januar 1922 eine Zulage auf Stundenlöhne zu gewähren, da ein Fortschreiten der Teuerung in gewissem Umfange auch im Januar 1922 gegenüber Dezember 1921 nicht zu verkennen ist.

3. Ueber die Höhe dieser unter 2 anempfohlenen Zulage und über eine den etwa weiter fortgeschrittenen Teuerungsverhältnissen entsprechende weitere Zulage für die nach dem 1. Februar 1922 liegende Zeit treten die Vertragsparteien innerhalb einer Woche erneut, zunächst unter sich in Verhandlungen.

## Die Lage im Müllfahrsverkehr

Auf Einraten des Demobilisierungskommissars wurde am letzten Freitag nochmals zwischen der Gewerkschaft der Müllfahrgenossen und dem Betriebsrat sowie den Verbandsvertretern über Abschluß eines neuen Tarifvertrages direkt verhandelt. Die Art und der Ton aber, wie Direktor Winler die Verhandlung führte, war von vornherein nicht dazu angelegt, eine Verständigung herbeizuführen. Das ist ja wohl auch der Zweck der Leitung, den Konflikt solange hinzuziehen, bis das bekannte Ziel — erneute Wertschätzung — erreicht ist. Es fehlt daher der Direktion zurzeit noch der Wille, den Frieden wieder herzustellen; denn sonst wäre nach den Ansinnen an die Arbeitnehmer unverständlich, sie sollen sich verpflichten, zum alten Lohn von 668 M. für Arbeiter und 844 M. für Müllfahrer bis zum 31. März weiterzuarbeiten.

Auch hält die Gewerkschaft daran fest, daß der Urlaub gefordert, die Lohnzahlung bei Unfällen und Krankheiten — trotzdem die Arbeitnehmer hier bereits weitgehende Konzessionen gemacht hatten, — noch weiter reduziert wird. Ferner sollen die Rechte der Betriebsräte eingeschränkt werden. Eine derartige Summation lehnte die Gewerkschaft ab. Damit sind die Verhandlungen auf einem toten Punkt angelangt. Aufsicht auf Verleugung des Streiks besteht vorläufig nicht; es sei denn, daß die Gewerkschaft ihren Herrenstandpunkt aufgibt. Bis dahin sind die Müllfahrer fest entschlossen, den Kampf weiter zu führen.

## Stund- und Spitzbaubranche!

Nach Annahme des Schiedspruchs vom 10. Januar beiderseits sind ab 1. Januar 1922 folgende Stundenlöhne zu zahlen: Wildbacher Kleinfabrik 14,00 M., Stutfabrikanten, Holzschneider, Kabin- und Zementdruckpumper sowie Plattenleger 14,00 M., Nadelspanner 14,00 M., für alle angeführten Gruppen kommt noch eine Werkzeugaufschlagung von 10 Pf. für die Stunde hinzu, Nadelspanner 15,00 M., Hilfsarbeiter 12,50 M., für Lehr- und Lehrlinge sind folgende Wochenlöhne zu zahlen: im ersten Lehrjahre 90 M., im zweiten 140 M. und im dritten Lehrjahre 200 M. Ausbildung Müllfahrer 30 M. täglich. Diese Löhne gelten für alle Stund- und Spitzbaubetriebe und für alle Arbeitsstätten, wo Stulfabrikanten und Spitzbaubetriebe ausgeführt werden.

## Die Sektionsleitung

Maschinen- und Reparaturhutmacher! Die Schwächereinstellungen Groß-Berlins haben den am 29. Dezember 1921 dem Schlichtungsausschuß gelangten Schiedspruch abgelehnt. In einer Branchenversammlung heute abend 6 Uhr im Wilkes-Haus, Schönehauser Str. 59, wird hieran Stellung genommen. Wir rufen unsere Kollegen auf, in dieser Versammlung zu erscheinen! Für die taubstummen Kollegen findet eine besondere Versammlung am Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Trödel, Große Frankfurter Str. 47, statt.

SPD-Durchblätter, Donnerstag 6 Uhr im „Alexandiner“, Regendrieweg 67: Versammlung aller auf dem Boden der SPD stehenden Mitglieder des Durchblättereinbands. Referent: Minister für Handel und Gewerbe Genosse Siering. Da in dieser Versammlung zu den kommenden Neuwahlen der Angestellten und Funktionäre unserer Fabrik die Stellung genommen werden soll bitten wir um recht regen Besuch. Der Aktionsausschuß.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen

Genossenschaftlicher Reichsbund, Gruppliche Versammlungen, Donnerstag, 19. u. 20. M. 1 Uhr, Brandenburger-Versammlung im Schulhof, Köpenicker Str. 4.

# Gewerkschaftliche Konjunkturbeobachtung

Von Richard Woldt.

Vorläufig ist noch nicht daran zu denken, daß wir aus dem Zustand der heutigen kurzfristigen Tarifpolitik herauskommen. Wenn heute eine Lohnverhandlung die andere abbläst, wenn kaum nach dem Inkrafttreten eines Tarifvertrages sich schon die Notwendigkeit ergibt, wieder in neue Verhandlungen einzutreten, so ist das gewiß wirtschaftspolitisch ein Faktor dauernder Unsicherheit, aber die letzte Ursache liegt nicht bei den Kontrahenten auf der Unternehmenseite, sondern ist in den wirtschaftlichen Verhältnissen selbst begründet. Solange die Unsicherheit der Preise noch anhält und die Lebenshaltungskosten sich in weiter aufsteigender Linie bewegen, muß versucht werden, zwischen Lebenshaltungskosten und Einkommen ein erträgliches Verhältnis zu schaffen. Das ist notwendig für alle Schichten, die von ihrer Arbeit leben müssen, für Arbeiter und Angestellte, für Beamte und die Angehörigen der sogenannten „freien Berufe“. Mit theoretischen oder etwa geschönmäßigen Argumenten läßt sich also den Tatsachen nicht weismachen, daß die unruhigen Volatilitätsverhältnisse ihre entsprechenden Rückwirkungen auf die Lohnpolitik ausüben müssen.

Es ergibt sich die Frage, ob wir mit den Methoden dieser Lohnverhandlungen weiterkommen sind. Im letzten Grunde ist es ein Handeln und Felschen, politische und taktische Momente spielen häufig eine entscheidende Rolle und der Erfolg ist mit davon abhängig, auf welcher Seite man geschickter zu operieren versteht. Entscheidend aber sollen die realen Wirtschaftstataken sein und deshalb ist jenes Unternehmen, das vom Genossen Guno Hortenbach in Duisburg ausgeht, zu begrüßen. In einer Denkschrift heißt es:

„Der Abschluß eines Tarifvertrages und jede Lohnverhandlung erfordert ein gründliches Verständnis sowohl mit dem allgemeinen Verhältnissen der betreffenden Industrie, als auch eine genaue Sondernierung ihrer Geschäftslage in dem Augenblick, wo Verhandlungen geführt werden. Aus diesen Erwägungen heraus ist das Konjunkturarchiv eingerichtet worden und soll für die Arbeitnehmer ein Wirtschaftsdienst sein. Die Berichterstattung erfolgt wöchentlich und wird nur intern herausgegeben.“

Es ist nicht nur notwendig, daß man auf der Seite der Gewerkschaften sich über die objektiven Tatsachen der Wirtschaft orientiert. (Hortenbach will keine Auswertung geben. Der Wirtschaftsdienst hält sich von jeder persönlichen Kritik und Stellungnahme fern, zur Unterscheidung von Richard Calwers Konjunkturberichten, die durch Calwers persönliche Werturteile ihren Wirkungsgrad oft verlieren mußten.)

Über ebenso notwendig ist es, daß die Kontrahenten auf der anderen Seite, bei Staatsangestellten die Vertreter der einzelnen Regierungen, bei den kommunalen Angestellten die Vertreter der Städte und in der Privatindustrie die Vertreter der Unternehmerverbände, das gleiche Tatsachenmaterial zur Bewertung erhalten. In solchen Materialien hat es bisher gefehlt. Wir müssen das Schlichtungswesen auf dieser Grundlage aufbauen.

Welche Minimalgrenze der Arbeitnehmer überhaupt zu ertragen imstande ist und bis zu welcher Maximalgrenze im Interesse der Gesamtwirtschaft gegangen werden kann, wird nur durch ein objektives Tatsachenmaterial aus der Wirtschaft als den alleinigen Wertmaßstab festzustellen sein.

Wir dürfen nicht übersehen, daß wir heute in einer Hochkonjunktur der Wirtschaft leben. Das klingt sonderbar bei der Unsicherheit der heutigen Verhältnisse. Aber es ist insofern richtig, als der niedrige Stand der Mark und vor dem Schlimmsten behütet hat, was über uns kommen konnte. Wir haben keine Arbeitslosigkeit, oder doch verhältnismäßig nur geringe; im Vergleich selbst zu den stetigen Ententeländern sind wir voll beschäftigt. Der niedrige Stand unserer Mark machte uns bisher im wirtschaftlichen Kampf auf dem Weltmarkt weitbewerbsfähig und darin liegt das Loch in der falschen Rechnung in London, daß wir als Wertproduktion unserer Arbeit nur Waren auf den Markt werfen können, die bei dem niedrigen Stand unserer Mark auf dem Weltmarkt natürlich ohne Schwierigkeiten Absatz fanden.

Das ist aber ein ungesunder und für die Dauer auch ein unhaltbarer Zustand. Wir werden damit rechnen können und müssen, daß die Mark wieder steigt, und daß infolgedessen die Arbeitslosigkeit zunimmt und neue Komplikationen bei allen Lohnverhandlungen eintreten. Wahrscheinlich wird dann ein Abbau der Löhne und Gehälter drohen und gerade aus diesem Grunde, um uns vor den schlimmsten Komplikationen zu bewahren, wird es notwendig sein, daß wir die Orientierungsmittel bei diesen Tarifverhandlungen aus den Tatsachen der Wirtschaft richtig zu erkennen in der Lage sind.

Genossenschaftlicher Reichsbund, Berlin, Schönehauser Str. 59, Donnerstag abend 6 Uhr, Brandenburger-Versammlung im Schulhof, Köpenicker Str. 4. — Genossenschaftlicher Reichsbund, Berlin, Schönehauser Str. 59, Donnerstag abend 8 Uhr, Brandenburger-Versammlung im Schulhof, Köpenicker Str. 4. — Genossenschaftlicher Reichsbund, Berlin, Schönehauser Str. 59, Donnerstag abend 8 Uhr, Brandenburger-Versammlung im Schulhof, Köpenicker Str. 4. — Genossenschaftlicher Reichsbund, Berlin, Schönehauser Str. 59, Donnerstag abend 8 Uhr, Brandenburger-Versammlung im Schulhof, Köpenicker Str. 4.

Referent: für den rehb. Teil: Franz Nichte, Berlin-Eberswalder; für die Arbeiter: H. Glode, Berlin. Verlag: Moritz-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Moritz-Verlag G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: G. m. b. H., Berlin. Einband: G. m. b. H., Berlin.

# Inventur-Verkauf

Mittwoch, Donnerstag, Freitag u. Sonnabend

Eleg. Pelzmäntel Serie I 200 M. Serie II 2700 M. Sport-Pelze Serie I 300 M. Serie II 1500 M. Elegante Herren-Gehpelze Serie I 2000 M. Serie II 4000 M. Alaska, Zobel-, Blau-, Silber-, Weiß-Füchse

Kreuzfüchse 300 M.

Leihhaus Moritzplatz Einmal's geübtes Spezialhaus dieser Art Oranienstr. 58a

Sonder-Angebote! 1 Posten Damenmäntel, Kostüme von 300 bis 700 M.

1 Posten Jackett-Anzüge, Ulster jetzt durchweg von 400 bis 600 M.

1 Posten Wäsche, Gardinen und Teppiche ohne Rücksicht auf die bisherigen Preise